

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 5. Oktober 1932
14. Jahrgang Nr. 234

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: 42 Pf. + 2 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatlich 1,66 Pf. + 50 Pf. Botenlohn = 2,16 Pf., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Pf., unter Streifenband 3 Pf. Anzeigenpreis: Die gebührende Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Werksammlungsanzeigen 8 Pf. Kleinaufträge: Die dreizehnlängige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmefrist in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 439 02. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Gintshaus). Fernsprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 439 02.

Achtköpfige Arbeiterfamilie wohnt im Pferdestall / Im Bild siehe Breslauer Lokalbellage

Streikbruchaktion der Textilbarone

muß an dem geschlossenen Streikwillen aller Textil-Proleten scheitern!

Neue Streiks auch in Schlesien

Reichenbach, 5. Oktober. Die Textilbarone aller bestreikten Reichenbacher Betriebe fordern in großen Inseraten in der bürgerlichen Zeitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit für heute morgen auf. Die Unternehmer sichern den Arbeitern, die sich zu Streikbrucharbeit melden, ausreichenden Schutz zu.

während feststeht, daß die Streikenden gewillt sind, trotz aller Manöver der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Streikbrucharbeit der Unternehmer weiterzukämpfen.

Das wachsende Vertrauen der Streikenden zur revolutionären Gewerkschaftsopposition muß von uns organisatorisch ausgenutzt werden. Die Kollegen und Kolleginnen, ob organisiert oder unorganisiert, müssen für die KPD. gewonnen werden. Je stärker und fester der Einfluß der KPD. unter den organisierten und unorganisierten Arbeitern ist, desto schneller und erfolgreicher werden alle Kämpfe der Arbeiter um Lohn und Brot sein.

Wieder KPD.-Erfolg bei Gemeinderatswahlen

Oldenburg, 5. Oktober. (Eig. Drahtber.) In Wratkau im Landesteil Lübeck des nationalsozialistisch regierten Oldenburgs erhielten bei den Gemeinderatswahlen im Vergleich zu den Landtagswahlen Ende Mai 1932:

KPD.	221 (181)
SPD.	1094 (1086)
Nazi	1058 (1320)
Bürgerliche Einheitsliste	348 (210)

Bekanntmachung!

Um den Arbeitswilligen unserer Betriebe die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen, werden am Mittwoch, den 5. Oktober ab 7 Uhr morgens unsere Fabrikkontore zwecks

Wiedereinstellung von Arbeitern

zu den in den Betrieben zuletzt bekanntgegebenen Bedingungen geöffnet sein

Für völlig ausreichenden Schutz aller Arbeitswilligen ist Sorge getragen

Reichenbach (Eulengeb.), 4. Oktober 1932

Cohn Gebr. GmbH. E. F. Hain GmbH.
A. Fleischer GmbH. Franz Rosenberger jr.
Otto F. Hüesker Weyl & Nassau GmbH.
Roh- und Buntweberei

Die gestern abgehaltene Textilarbeiterversammlung der KPD. war von circa 100 Kollegen und Kolleginnen besucht. Der Vertreter der KPD. forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, in geschlossenen Kämpfen zu verharren, weil nur auf diese Weise der Lohnabbau siegreich abgewehrt werden wird. Der in der Diskussion sprechende sozialdemokratische Betriebsratsobmann, der noch vorige Woche eine Anlagerebe gegen die Belegschaft hielt, trat auch für Weiterstreiken ein. In dieser Versammlung wurde eine zentrale Streikleitung von 12 Mann — aus jedem Betrieb 2 Mann — gewählt. In dieser zentralen Streikleitung sind auch drei Betriebsräte, zwei sozialdemokratische Kollegen und zwei Frauen.

Die gestern morgen vorgenommene geheime Abstimmung der Belegschaft von Weyl & Nassau war so, daß die Mehrheit für Weiterstreiken stimmte. Der Gewerkschaftsführer Kinner hat trotzdem die Belegschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert.

Die bürgerliche Presse versucht durch Schwindelmeldungen die unerfütterliche Streikfront der Reichenbacher Textilarbeiter zu schwächen; sie spricht von einem Abflauen des Textilarbeiterstreiks,

Neue Streiks gegen Lohnraub

Am 3. Oktober ist die etwa 400 Mann starke Belegschaft der Baumwollspinnerei F. A. Hammerjens in Gladbach-Reydt in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen einen Lohnabbau auf Grund der Papen-Notverordnung.

Die Arbeiter der Vereinigten Bleicherde-Fabriken AG. in Schönebeck bei Magdeburg streiken seit dem 3. Oktober gegen einen geplanten Lohnabbau. Der Streik wurde gegen den Willen der Fabrikarbeiterverbandsbürokratie in einer Betriebsversammlung am 2. Oktober beschlossen. Der Verbandsvertreter Harke verlangte in der Versammlung von den Arbeitern, daß sie trotz des angelegentlichsten Lohnabbaues in den Betrieb gehen und arbeiten sollten. Er warnte die Belegschaft, durch die Aufnahme des Streiks „alle Verhandlungsmöglichkeiten“ zu zerlegen. Die zu 95 Prozent freigewerkschaftlich organisierte Belegschaft hat der Gewerkschaftsbürokratie durch die Aufnahme des Kampfes die richtige Antwort gegeben.

In Konstanz (Baden) haben die freigewerkschaftlichen, christlichen und unorganisierten Schneider in einer gemeinsamen Versammlung den Streik beschlossen. Unter Führung der KPD. wurde der Streik am 3. Oktober begonnen. Der Kampf richtet sich gegen einen Lohnabbau von 15 Pfg. die Stunde.

Die Fischhallenarbeiter in den Altonaer Fischhallen haben sich einmütig dem Streik angeschlossen. Von 16 Dampfern liegen 11 mit voller Ladung ungeladert im Fischereihafen. 100 vom Arbeitsamt nach dem Fischereihafen entsandte Arbeitslose erklärten nach Aufklärung durch den Streik die Verweigerung der Arbeit. 80 von ihnen beteiligten sich sofort am Massenstreikpotentien.

Papen-Regierung erläßt Streikverbot!

Mit der Einheitsfrontaktion verteidigt das Streikrecht

Breslau, 5. Oktober. Im „Reichsanzeiger“ vom 4. Oktober wird eine neue Durchführungs-Notverordnung zur Lohnabbau-Notverordnung veröffentlicht. Durch diese Verordnung wird bestimmt, daß Kampfmaßnahmen einer Tarifpartei gegen die Durchführung der Verordnung durch die andere Partei oder ein Mitglied dieser Partei als Verletzung des Tarifvertrages gelten. Damit soll gesagt sein, daß Gewerkschaften, die Kämpfe gegen Lohnabbau unterstützen, zivilrechtlich schadenerschuldlich gemacht werden können.

Der „Vorwärts“ schreibt in seiner „Abend“-Ausgabe vom 4. Oktober dazu: „Das Kabinett der Barone möchte aus den Gewerkschaften ein Stillhalte-Konjunktium für ausbeutende Unternehmer und Lohnabbauende Barone machen. Es wird sich darin täuschen! ... Die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung unterliegt ebenso wie die Richtigkeit der bisherigen Erklärung der gerichtlichen Nachprüfung.“ Die SPD. empfiehlt also wieder den „Rechtsweg“.

Die Unternehmer werden von der neuen Verordnung keinen Nutzen haben; denn von den des Notwendigsten entbehrenden Arbeitern ist nichts zu holen und die Arbeiter haben auch genug von der juristischen Diskutiererei. Die Arbeiter wollen keinen Lohnabbau mehr. Die Arbeiter sind infolge der Verteuerung der Lebenshaltung gezwungen, auch Forderungen auf Lohnerhöhung zu stellen.

Die herrschende Klasse verbietet der Arbeiterklasse das Streiken um Arbeit, Lohn und Brot! Und solange die herrschende Klasse bestrebt ist, die elende Lage der Arbeiter noch weiter zu verschlechtern, so lange werden Streikverbote auf dem Papier stehen! Der Hunger ist stärker, und deshalb wird die Arbeiterklasse gezwungen, um Lohn und Brot zu kämpfen!

Die Reichsregierung berät über neue und verhärtete Maßnahmen, um die Streikwelle einzudämmen. Neben den bisherigen Maßnahmen wird u. a. daran gedacht, den Arbeitslosen, die sich nicht in bestreikte Betriebe vermitteln lassen, die Unterstützung zu entziehen.

Das „Berliner Tageblatt“ vom 4. Oktober schreibt dazu: „Es ist unzweifelhaft, daß eine solche Maßnahme, die gleichsam denjenigen bekräftigt, der nicht Streikbrecher sein will, auf den allerstärksten Widerstand innerhalb der Arbeiterschaft stoßen würde.“

Dieses kapitalistische Blatt schätzt die drohende Maßnahme richtig ein. Schon jetzt werden die Arbeiter alles einsehen, um das Bündnis der Betriebsaktiven und Arbeitslosen zu festigen.

Die Betriebsarbeiter müssen das Streikverbot mit der sofortigen Auslösung des Kampfes um das Streikrecht beantworten. Die Parole aller Betriebsarbeiter heißt:

Verteidigt das Streikrecht!

Gleichzeitig mit den Beratungen der Regierung finden heftige Verhandlungen der Vertreter der Unternehmerverbände statt. Kein Zweifel, daß die Unternehmer über die Durchführung größerer Vorstöße bei der Lohnabbau-Offensive beraten.

Mit den Vorstößen in einigen hundert, meist mittleren Betrieben haben die Unternehmer die Front der Arbeiterschaft abgetastet. Sie sind auf einen starken Kampfwillen der Arbeiter gestoßen. Die Arbeiter wollen sich keinen weiteren Lohnabbau mehr gefallen lassen, in Hunderten von Betrieben wurde der Lohnabbau abgewehrt.

Jetzt bereiten die Unternehmer neue Schläge vor, und sie wollen diese Vorstöße möglichst wirksam gestalten. Dementsprechend muß die Arbeiterklasse ihrerseits die nötigen Maßnahmen treffen. Jetzt gilt es, erst recht zum Kampf zu mobilisieren!

Nachdem es ist, daß sich alle Belegschaften in Betriebsversammlungen daran einigen, jeden Lohnabbau mit der Waffe des Streiks abzuwehren. Notwendig ist es, in jedem Betrieb ganz konkrete betriebliche Forderungen aufzustellen, insbesondere in Richtung der Zurückeroberung des bisher geraubten Lohnanteils. Durch diese Belegschaftsversammlungen muß den Unternehmern gezeigt werden, daß sich die Belegschaften keinen neuen Lohnabbau gefallen lassen, daß sie entschlossen sind, für ihre Forderungen zu kämpfen.

Ferner ist notwendig, daß die Betriebsbelegschaften der Industriebezirke durch gewählte Delegierte miteinander die engste Verbindung herstellen, ebenso zu den Massen der Arbeitslosen! Mobilisiert überall die Arbeitermassen! Vor allem treten auf in allen Gewerkschaftsversammlungen, gewinnt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Einheitsfrontaktion!

Die Einheitsfrontaktion muß die Unternehmer-Offensive brechen

Britettfabrik Siebenhufenerstraße im Streit

Streikleitung bestehend aus Freigewerkschaftler, Christen, KPD.- und unorganisierten Kollegen gewählt

Breslau, 5. Oktober. Die Belegschaft der Britettfabrik Siebenhufenerstraße, ist gestern früh in den Streik getreten. Der Unternehmer wollte der Belegschaft einen Lohnabbau von 3 Prozent anbieten. Die Belegschaft hatte am Montag, dem 3. Oktober, zu dem geplanten Lohnabbau Stellung genommen und beschloß den sofortigen Streik.

Nachdem die Arbeiter den Betrieb verlassen hatten, wurde in einer anschließenden Streikversammlung eine Streikleitung von fünf Mann gewählt. Diese setzt sich zusammen aus freigewerkschaftlich und christlich organisierten Kollegen, KPD.- und unorganisierten

ausgezeichnet. Die KPD. hat sofort ihre Unterstützung den Streikenden zugesichert.

Die Belegschaft hatte schon vor vier Wochen einen Lohnabbauangriff durch passive Resistenz zurückgeschlagen. Jetzt erklärt der Unternehmer, daß er auf Lohnabbau bestehen müsse.

Diese kleine Belegschaft hat ein neues glänzendes Beispiel der einheitlichen Auslösung des Streikkampfes allen übrigen Betriebsarbeitern gegeben. Wir appellieren an die erwerbslosen Kollegen, Solidarität mit den Streikenden zu üben. Die Parole für die Erwerbslosen heißt: Keine Streikbrucharbeit! Es lebe der Streik der Britettarbeiter bis zum vollen Siege! Es lebe das Bündnis zwischen

Verschärfter Handelstrieß

Die Folgen der deutschen Kontingentierungen

Wie aus Bremen berichtet wird, will die Bananen-Import-Gesellschaft sobald die Einfuhrbeschränkungs-Berordnung Papens in Kraft tritt, ihren Betrieb in Bremerhaven gänzlich stilllegen und die Bananeneinfuhr über Holland (Rotterdam) gehen lassen. Das würde eine Stilllegung der Umschlagseinrichtungen in Bremerhaven, Arbeiterentlassungen im Hafen und in anderen zusammenhängenden Betrieben herbeiführen.

Die von der Papen-Regierung beschlossene Beschränkung der Einfuhr landwirtschaftlicher Waren aus dem Auslande, wird von diesem mit der Ankündigung von Gegenmaßnahmen beantwortet. Die betroffenen Staaten erklären, daß sie ihrerseits die Einfuhr von deutschen Waren einschränken bzw. verbieten werden. Das holländische „Allgemeine Handelsblad“ erklärt drohend: „Deutschland wird bald einsehen, daß es nicht exportieren kann, ohne einzuführen“. Der italienische „Corriere della Sera“ wendet sich scharf gegen die Behinderung der Einfuhr italienischer landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland und nennt die Kontingentierungslust Papens „eine gefährliche Waffe“. Der ungarische „Magyar Nemzet“ tritt für die Beantwortung „mit entsprechenden Gegenmaßnahmen“ ein. Norwegische Firmen haben, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, auf Grund der Erhöhung des Heringzolls in Deutschland, der die Ausfuhr von Heringen aus Norwegen trifft, als Gegenmaßnahme Bestellungen in der deutschen Textilindustrie eingestellt.

Die von Papen beabsichtigte Kontingentierung (Einfuhrbeschränkung) führt somit zu einer Verschärfung des Handelstrießes und der Gegensätze zwischen Deutschland und den anderen imperialistischen Staaten. Dieser Krieg wird auf dem Rücken der arbeitenden Massen geführt; die deutschen Kapitalisten werden ihre Verluste noch mehr auf die Arbeiter abzuwälzen versuchen.

Die „Belebung der Wirtschaft“, das Programm der Papen-Regierung, erweist sich auch hier deutlich als das gerade Gegenteil. Abgesehen von andern führt schon die Kontingentierung allein zu einer verminderten Beschäftigung in der Exportindustrie und im Handel zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Die Streitwelle in Deutschland im Spiegel der Auslandspresse

Prag, 3. Oktober. Im gesamten kapitalistischen Ausland verfolgt man die grandiose Streikwelle, die über Deutschland dahinströmt, mit wachsender Beirregung. So schreibt zum Beispiel die „Prager Presse“:

„Nun geht eine Streikwelle über Deutschland, die durch die Notverordnung heraufbeschworen wurde. Sie scheint sich noch in den Anfängen zu befinden und sich erst auszu dehnen, das macht sie bedenklich. . . . Bisher handelt es sich um eine große Reihe von kleinen Streiks, die nur ursächlich zusammenhängen, sonst aber nichts miteinander zu tun haben. Wo Unternehmer nennenswerte Aufträge erhalten haben, ihre Produktion, wenn auch nur vorübergehend, steigern, wollten sie sich begreiflicherweise die Notverordnung zunutze machen und die Löhne entsprechend abbauen. In den meisten Fällen ist ihnen die Widerstand der Arbeiter, die in den Ausnahmeständen traten. Fast alle diese Streiks endeten für die Arbeiter günstig. Es hat sich in den Streikfällen eine Arbeiterfront von solcher Geschlossenheit gebildet, wie sie seit Jahren nicht da war. . . . Die Erfolge der Streikenden wirken auf die Arbeiter sehr ermunternd. . . . Das Beispiel lockt zur Nachahmung, die Unruhe der Arbeiterschaft breitet sich aus, der Widerstand gegen die Durchführung der Notverordnung bereitet sich unter den Arbeitern, und es ist zu befürchten, daß, wenn es nach den zahlreichen kleinen lokalen Kraftproben zu einer ausgedehnten, großen kommen sollte, die Folgen schlimm (für Papen und die Kapitalisten) werden könnten.“

Papens erneutes Angebot:

„Deutsch-französisches Abkommen“

Offene Schwenkung zur Kapitulation des deutschen Imperialismus

Nachdem bereits der Reichsaußenminister v. Neurath eine Rede vor den deutschen Pressevertretern gehalten hatte, in der er noch sehr scharf die Unverhältnlichkeit des deutschen Imperialismus betonte und das Fernbleiben Deutschlands von der Abrüstungskonferenz ankündigte, wenn die anderen Mächte die militärische Gleichberechtigung Deutschlands nicht anerkennen wollten, hatte heute der Reichsminister v. Papen dem Chefredakteur der „République“ ein Interwiew gegeben, das ohne Zweifel als der Beginn der deutschen Kapitulation zu betrachten ist.

Papen wies u. a. mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß „er dem französischen Ministerpräsidenten bereits in Lausanne den Wunsch für den Abschluß eines deutsch-französischen Konsultationsabkommens zum Ausdruck gebracht habe“. Dieser Hinweis auf die Lausanner Vorläufe des deutschen Imperialismus, die bekanntlich in einem engen Zusammenhang mit den antisowjetischen Dreipunktpolitiken Papens stehen, ist ein Wind für den französischen Imperialismus, auf welcher Basis Deutschland seine Kapitulation vor Frankreich zu vollziehen wünscht.

Der Reichsminister erklärte weiter, ein Wiederaufbau Europas

sei erst möglich, wenn man die Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage anerkenne. Papen meinte zwar, Deutschland wüßte nicht aufzurufen, er betonte aber im gleichen Atemzug, daß Deutschland gerade in dem Augenblick nicht auf die „Grundlage seiner Sicherheit“ verzichten könne, während alle anderen Mächte modern ausgerüstet seien. Er, Papen, sei der Auffassung, daß man zu einem Uebereinkommen kommen könne, das den gerechtfertigten Forderungen Deutschlands Rechnung trage. Die Vorbereitung dieses Uebereinkommens sei die Aufgabe der anderen Mächte. Schließlich erklärte Papen, „die Fortsetzung eines aufrichtigen Meinungs-austauschs zwischen Frankreich und Deutschland könne diese Aufgabe nur erleichtern, da sie zum besseren Verständnis der beiderseitigen Auffassungen beitrüge“.

Der deutsche Imperialismus versucht also nach seiner beispiellosen Niederlage wieder mit vollen Segeln in die Arme Frankreichs einzuschwenken in der Hoffnung, durch eine solche Kapitulation unter der Führung des französischen Imperialismus mehr Bewegungsfreiheit für seine imperialistischen Expansionsbestrebungen zu erhalten.

Nach dem reformistischen Streikbruchabkommen:

Teilstreiks der englischen Weber

Zum ersten Male in der Geschichte Englands offen gegen die Gewerkschaftsbürokratie

London, 3. Oktober. Es ist der englischen Gewerkschaftsbürokratie zwar gelungen, durch ihr infames Streikbruchabkommen, das bekanntlich einen Lohnraub von 8 1/2 Prozent und die Einführung eines Komitees zur Einführung des Mehrwechsellöhnsystems vorsieht, sowie dem „guten Willen“ der Unternehmer die Wiedereinstellung der Gemahregelten überläßt — die einheitliche und geschlossene Streikfront der Weber von Lancashire zu zerlegen, aber diese Abwürgung des großen Textilarbeiterkampfes ist für die Reformisten ein Pyrrhussieg.

In zahlreichen Städten des Industriegebietes sehen die Weber gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie und im schärfsten Kampf gegen den Polizeiterror ihren Streik fort. In Nelson sieht noch die gesamte Textilarbeiterschaft unter Führung des selbständigen Streikkomitees im Kampf. Bisher ist es ihnen gelungen, die Leistung der Betriebe durch die Unternehmer überhaupt von vornherein zu verhindern. Nun kündigen die Unternehmer an, daß sie am Montag die Betriebe öffnen wollen, das Streikkomitee organisiert als Antwort darauf Massenstreikposten vor jeder Fabrik. Die Arbeiter fordern nach wie vor eine Abstimmung über die Weiterführung des Streiks.

Auch in Carby steht die Streikfront noch immer fest. Eine Massenversammlung der streikenden Arbeiter von Carby beschloß als einzige Führung das unabhängige Streikkomitee anzuerkennen, und nahm eine Entschlossenheit an, in der das Streikbruchabkommen der Gewerkschaftsführer verworfen und die Entschlossenheit der Arbeiter zum Weiterstreiken zum Ausdruck gebracht wird.

In Haslingden streiken die Arbeiter ebenfalls weiter, während die Betriebe mit Streikbrechern, die von großen Polizeiaufgeboten geschützt werden, die Arbeit wieder aufzunehmen versuchen.

In Warrhead fand eine Massendemonstration von über 4000 Arbeitern statt, wo Weber und Erwerbslose gemeinsam für ihre Forderungen auf die Straße gingen.

Es ist zum erstenmal in der Geschichte Englands, daß größere Teile der Arbeiterschaft offen gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie einen Streik durchführen. Das bedeutet zweifellos einen Wendepunkt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Einen Wendepunkt, der das größte Entsetzen der Reformisten hervorruft. Haben doch die Weber von Lancashire deutlicher denn je in ihren eigenen Kampferfahrungen festgestellt können, daß die Kommunisten recht befehlten, als sie die Gewerkschaftsführer als die Stützen der Kapitalisten und ihrer Regierung hinstellten.

Mandschurei in Flammen

Charbin, 3. Oktober. Der chinesische Militäraufstand im Gebiet von Sailer und Mandschuria dehnt sich immer weiter aus. Die Aufständischen, denen sich teilweise mandschurische Regierungstruppen angeschlossen haben, sind nunmehr im Besitz des ganzen Gebietes westlich von Sailer. Sie haben einen internationalen Zug bei Angangsi überfallen.

Nach einem bei der Verwaltung der sibirischen Eisenbahn eingegangenen Telegramm haben die Bahnwachen in Mandschuria 68 dort ansässige Japaner getötet, in Puhatu 3 Japaner und in Sailer 9. In Mandschuria besetzten sie außerdem das japanische Konsulat. Das Schicksal des Konsuls und des übrigen Konsulatspersonals ist noch unbekannt.

Wie hier verlautet, haben die aufständischen Truppen am Freitag Operationen eingeleitet, um die Eisenbahnlinie Pogranitschnaja—Charbin zu besetzen und damit den gesamten Eisenbahnverkehr auf der chinesischen Ostbahn stillzulegen. Zur Zeit haben sich Kämpfe an den Bahnhöfen Charbin—Mandschurei und Charbin—Tschangschun entwickelt, die schon teilweise zerstört sind. Die Lage der japanischen Garnisonen an der Strecke Charbin—Pogranitschnaja ist sehr ernst. Das japanische Oberkommando ist am Sonnabend mehrfach um Entsendung von Verstärkungen gebeten worden.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Uebersetzt von Olga Holpern.

(1. Fortsetzung.)

Von den Vorzügen der Reize im Güterzug verführt und von dem Wunsch bewegt, sobald wie möglich nach Krasnojarsk zu kommen, nahm ich den Vorschlag des Schaffners an und fuhr, wie man das nennt, als „blinder Passagier“ mit.

Ich stieg in einen Wagen, den der Schaffner mir anwies. Der Zug lehte sich tatsächlich sehr bald in Bewegung. Auf einer der Stationen kam der Zugführer selbst in unseren Wagen. Raum war der Zug in Fahrt, kaum zog die Tajga an unseren Augen vorbei, als er, den Schaffnern zuwinkend, plötzlich die Passagiere, die den Waggon füllten, laut anschrte:

„Die Fahrkarten! Bitte die Fahrkarten!“

Es entstand eine allgemeine Verwirrung. Die Passagiere waren geschümpft.

„Ach so, ihr fahrt ohne Fahrkarten!“ schrie der Zugführer, „ich werd' euch schon zeigen, ihr Kerle, wie man ohne Fahrkarte fährt! Nachorin“, wendete er sich zu einem der Schaffner, „mach mal die Tür recht weit auf. Und du, Krimorotow, pack die Kerle am Kragen und schmeiß sie hinaus in die Tajga!“

Im Waggon erhob sich ein Quietschen, Weinen und Schreien. Es fuhrn viele Bäuerinnen mit.

„Ich sagte dir doch, daß wir nicht mit diesem Lastzug fahren sollen!“ rief eine der Bäuerinnen ihrem Mann vorwurfsvoll zu. „Deinetwegen, du Dummkopf, werden uns jetzt die Bären im Wald fressen.“

„Was soll das bedeuten?“ wendete ich mich an den Schaffner, der mir vorgeschlagen hatte, in diesem Lastzug zu fahren. „Er soll's nur versuchen, mich aus dem Wagen zu werfen, dann fliegt er selber kopfüber hinaus!“

„Fürchten Sie sich nicht.“ flüchelte der Schaffner. „Er wird

ihnen nichts tun, bleiben Sie ruhig sitzen: er will nur diesen Bagabunden hier einen Schreck einjagen. Tag für Tag spielen sich bei uns solche Komödien ab. Diese gelbbräunigen Bagabunden sind sehr geizig und verüben es immer wieder, blind zu fahren.“

Die Sache nahm ein Ende, indem die „blinden Passagiere“ dem Zugführer Geld gaben — er ließ sie dann in Ruhe, und sie setzten ihre Reise fort.

Endlich erblickten wir Krasnojarsk.

„Auf Wiedersehen“, jagte mir der Schaffner, „jetzt sind wir angekommen. Gehen Sie aber nicht durch den Haupteingang hinaus, sondern durch die kleine Pforte für das Dienstpersonal.“

In Krasnojarsk wohnten ziemlich viel politische Verbannte. Leider erinnere ich mich nicht mehr an ihre Namen.

Die Station der Tomsker Eisenbahn „Tajga“

An der Station „Tajga“, wo unsere Genossen G. M. Krizhanowski, S. B. Newjorow und Prominskij lebten, hielten wir uns länger auf. Hier erfuhren wir die neuesten Nachrichten über Lenin. Er war im Frühling 1900 in Petersburg, wo er die „Iskra“-Gruppe organisierte, verhaftet, nach drei Tagen aber wegen Mangel an Beweisen freigelassen worden und reiste bald darauf ins Ausland. In München hatte er die erste Nummer der Zeitung „Iskra“ (Funken) mit der Devise „Aus dem Funken wird eine Flamme entstehen!“ herausgegeben. Wir wußten aber nicht, daß Genosse Lenin nach München gefahren war, weil er schon damals befürchtete, daß in der Schweiz S. Arletow und andere, die später gemeinsam mit Martow den Kern des Menschewismus bildeten, in der „Iskra“ gegen die Durchführung seiner Grundlinie über die Rolle der Arbeiterklasse als Führerin der russischen Revolution einen gewissen Widerstand leisten würden.

Bei unserer Abreise von der Station „Tajga“ half uns die unermüdbliche Newjorowa so eifrig beim Einsteigen, daß wir, Legnit und ich, irrtümlich in ein Damenabteil dritter Klasse einstiegen.

Nachdem wir unseren Irrtum bemerkt hatten, stiegen wir auf der nächsten Station in einen anderen Wagen um. Dort erblickten wir plötzlich Genossen K., den Krizhanowski als Gehilfen des Eisenbahnaufsehers für Streckenreparatur untergebracht hatte. Er freute über die Begegnung, wollte ich zu ihm stürzen, blieb aber überrascht auf halbem Weg stehen, da Genosse K. mit einer ängstlichen Handbewegung auf seinen Vorgesetzten wies, der in der Nähe stand.

„Wie ist das möglich?“ sagt ich mir. „Er fürchtet sich, er

kann sich nicht entschließen zu mir zu kommen, so weit geht seine Angst vor der Obrigkeit! Der Zug bleibt aber doch nur zwei, drei Minuten stehen, fährt uns sofort wieder in die Ferne, und wir sehen uns vielleicht niemals wieder.“ Vielleicht verläumt er die letzte Möglichkeit, seinem Kameraden die Hand zu drücken, ihm einige freundschaftliche Worte zu sagen.“

Auf As. Gesicht sah ich denselben Ausdruck der Mißstimmung, den ich auch bei anderen Genossen bemerkte, die Sibirien nicht verlassen und nicht weiter kämpfen wollten. Auch eine gewisse Scham vor mir war auf seinem Gesicht zu lesen. Es schien, als beneide er mich. Vielleicht war ich in seinen Augen ein Held, der, ohne auch nur einen Tag zu veräumen, nach Rußland fuhr, zum revolutionären, gefährlichen Kampf. Der Zug fuhr mit uns weiter, und er hat es nicht gewagt, sich mir zu nähern, von mir Abschied zu nehmen.

Streikende Studenten

Der Zug trug uns immer weiter und weiter. Alle Waggonen waren mit Studenten der Tomsker Universität überfüllt, die den Streik erklärt hatten. Die revolutionäre Bewegung breitete sich im Jahre 1901 auf kleinbürgerliche Schichten aus. Der Terror der sozialrevolutionären Partei begann. Karpowitsch löste den Unterrichtsminister Bogoljepow. Unsere Partei sprach sich gegen den Terror der Sozialrevolutionäre aus.

Die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter, deren Führer die Vorposten unserer Partei waren, beeinflusste auch die Massenbewegung der kleinbürgerlichen Schichten. So nahm die Studentenbewegung die Form von Streiks an. Die Studenten machten es den Arbeitern nach.

Die streikenden Studenten, die mit mir zusammenfuhren, sangen revolutionäre Lieder. Das Wort „Genosse“ benutzten sie nicht, sie sprachen einander mit „Kollege“ an.

„Wie verhalten Sie sich“, fragte ich einen von den Studenten, der mir als besonders aktiv erschien, „wie verhalten Sie sich zu den Lehren Karl Marx?“

„Die materialistische Philosophie Ihres Marx' ist veraltet“, antwortete er mir. „Die neue Wissenschaft hat diesen alten Blunder schon widerlegt.“

„Wer ist also jetzt der Rivale von Karl Marx, dem es gelang, zu beweisen, daß der Marxismus alter Blunder ist?“

„Avenarius“, antwortete er mir mit einer Sicherheit, die keinen Widerspruch duldet.

(Fortsetzung folgt)

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 5. Oktober 1932
14. Jahrgang Nr. 234

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Abonentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die gebrauchte Zeile 6 Pf., unter Streifenband 12 Pf., Vereins- u. Werksammlungsanzeigen 8 Pf. Kleinanzeigen: Die dreizehnlängige Zeile 6 Pf. oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmefrist in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60. Fernsprecher 48902. Postfachkonto: Breslau Nr. 244. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60 (Sinterhaus). Fernsprecher 43902. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlags: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 60. Fernsprecher 43902.

Achtköpfige Arbeiterfamilie wohnt im Pferdestall / Im Bild siehe Breslauer Lokalbeilage

Streikbruchaktion der Textilbarone

muß an dem geschlossenen Streikwillen aller Textil-Proleten scheitern!

Neue Streiks auch in Schlesien

Reichenbach, 5. Oktober. Die Textilbarone aller bestreikten Reichenbacher Betriebe fordern in großen Anseraten in der bürgerlichen Zeitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit für heute morgen auf. Die Unternehmer sichern den Arbeitern, die sich zu Streikbrucharbeit melden, ausreichenden Schutz zu.

während feststeht, daß die Streikenden gewillt sind, trotz aller Wunden der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Streikbruchaktion der Unternehmer weiterzukämpfen.

Das wachsende Vertrauen der Streikenden zur revolutionären Gewerkschaftsopposition muß von uns organisatorisch ausgewertet werden. Die Kollegen und Kolleginnen, ob organisiert oder unorganisiert, müssen für die KPD. gewonnen werden. Je stärker und fester der Einfluß der KPD. unter den organisierten und unorganisierten Arbeitern ist, desto schneller und erfolgreicher werden alle Kämpfe der Arbeiter um Lohn und Brot sein.

Wieder KPD.-Erfolg bei Gemeinderatswahlen

Oldenburg, 5. Oktober. (Fig. Drahtber.) In Brattkau im Landesteil Lübeck des nationalsozialistisch regierten Oldenburgs erfolgten bei den Gemeinderatswahlen im Vergleich zu den Landtagswahlen Ende Mai 1932:

KPD.	221 (181)
SPD.	1094 (1086)
Nazi	1058 (1320)
Bürgerliche Einheitsliste	348 (210)

Bekanntmachung!

Um den Arbeitswilligen unserer Betriebe die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen, werden am Mittwoch, den 5. Oktober ab 7 Uhr morgens unsere Fabrikkontore zwecks

Wiedereinstellung von Arbeitern

zu den in den Betrieben zuletzt bekanntgegebenen Bedingungen geöffnet sein

Für völlig ausreichenden Schutz aller Arbeitswilligen ist Sorge getragen

Reichenbach (Eulengeb.), 4. Oktober 1932

Cohn Gebr. GmbH. E. F. Hain GmbH.
A. Fleischer GmbH. Franz Rosenberger jr.
Otto F. Hdesker Weyl & Nassau GmbH.
Rob- und Buntweberei

Die gestern abgehaltene Textilarbeiterversammlung der KPD. war von circa 400 Kollegen und Kolleginnen besucht. Der Vertreter der KPD. forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, in geschlossenen Kampfe zu verharren, weil nur auf diese Weise der Lohnabbau siegreich abgewehrt werden wird. Der in der Diskussion sprechende sozialdemokratische Betriebsratsobmann, der noch vorige Woche eine Anklage gegen die Belegschaft hielt, trat auch für Weiterstreiken ein. In dieser Versammlung wurde eine zentrale Streikleitung von 12 Mann — aus jedem Betrieb 2 Mann — gewählt. In dieser zentralen Streikleitung sind auch drei Betriebsräte, zwei sozialdemokratische Kollegen und zwei Frauen.

Die gestern morgen vorgenommene geheime Abstimmung der Belegschaft von Weyl & Nassau war so, daß die Mehrheit für Weiterstreiken stimmte. Der Gewerkschaftsführer Kinner hat trotzdem die Belegschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Die bürgerliche Presse versucht durch Schwindelelendungen die unerfährten Streikführer der Reichenbacher Textilarbeiter zu schwächen; sie spricht von einem Abflauen des Textilarbeiterstreiks.

Neue Streiks gegen Lohnraub

Am 3. Oktober ist die etwa 400 Mann starke Belegschaft der Baumwollspinnerei F. A. Hammerlein in Olabach-Nheydt in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen einen Lohnabbau auf Grund der Baper-Notverordnung.

Die Arbeiter der Vereinigten Bleicherde-Fabriken AG. in Schönebeck bei Magdeburg streiken seit dem 3. Oktober gegen einen geplanten Lohnabbau. Der Streik wurde gegen den Willen der Fabrikarbeiterverbandsbürokratie in einer Betriebsversammlung am 2. Oktober beschlossen. Der Verbandsvertreter Harke verlangte in der Versammlung von den Arbeitern, daß sie trotz des angeforderten Lohnabbaues in den Betrieb gehen und arbeiten sollten. Er warnte die Belegschaft, durch die Aufnahme des Streiks „alle Verhandlungsmöglichkeiten“ zu zerschlagen. Die zu 95 Prozent freigewerkschaftlich organisierte Belegschaft hat der Gewerkschaftsbürokratie durch die Aufnahme des Kampfes die richtige Antwort gegeben.

In Konitz (Baden) haben die freigewerkschaftlichen, christlichen und unorganisierten Schneider in einer gemeinsamen Versammlung den Streik beschlossen. Unter Führung der KPD. wurde der Streik am 3. Oktober begonnen. Der Kampf richtet sich gegen einen Lohnabbau von 15 Pfg. die Stunde.

Die Fischhallenarbeiter in den Altonaer Fischhallen haben sich einmütig dem Streik angeschlossen. Von 16 Dampfern liegen 11 mit voller Ladung ungeladert im Fischereihafen. 100 vom Arbeitsamt nach dem Fischereihafen entsandte Arbeitslose erklärten nach Aufklärung durch den Streikschutz die Verweigerung der Arbeit. 80 von ihnen beteiligten sich sofort am Massenstreikpostenstreiken.

Am dem Streik der Hochseefischer beteiligen sich insgesamt 4.200.

Bapen-Regierung erläßt Streikverbot!

Mit der Einheitsfrontaktion verteidigt das Streikrecht

Breslau, 5. Oktober. Im „Reichsanzeiger“ vom 4. Oktober wird eine neue Durchführungs-Notverordnung zur Lohnabbau-Notverordnung veröffentlicht. Durch diese Verordnung wird bestimmt, daß Kampfmaßnahmen einer Tarifpartei gegen die Durchführung der Verordnung durch die andere Partei oder ein Mitglied dieser Partei als Verletzung des Tarifvertrages gelten. Damit soll gesagt sein, daß Gewerkschaften, die Kämpfe gegen Lohnabbau unterstützen, zivilrechtlich schadenersatzpflichtig gemacht werden können.

Der „Vorwärts“ schreibt in seiner „Abend“-Ausgabe vom 4. Oktober dazu: „Das Kabinett der Barone möchte aus den Gewerkschaften ein Stillhalte-Konkordat für ausbeutende Unternehmer und Lohnabbauende Barone machen. Es wird sich darin täuschen! ... Die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung unterliegt ebenso wie die Wichtigkeit der bisherigen Erklärung der gerichtlichen Nachprüfung.“ Die SPD. empfiehlt also wieder den „Rechtsweg“.

Die Unternehmer werden von der neuen Verordnung keinen Nutzen haben; denn von den des Notwendigsten entbehrenden Arbeitern ist nichts zu holen und die Arbeiter haben auch genug von der juristischen Diskretion. Die Arbeiter wollen keinen Lohnabbau mehr. Die Arbeiter sind infolge der Verteuerung der Lebenshaltung gezwungen, auch Forderungen auf Lohnerhöhung zu stellen.

Die herrschende Klasse verbietet der Arbeiterklasse das Streiken um Arbeit, Lohn und Brot! Und solange die herrschende Klasse bestrebt ist, die elende Lage der Arbeiter noch weiter zu verschlechtern, so lange werden Streikverbote auf dem Papier stehen! Der Hunger ist stärker, und deshalb wird die Arbeiterklasse gezwungen, um Lohn und Brot zu kämpfen!

Die Reichsregierung berät über neue und verschärfte Maßnahmen, um die Streikwelle einzudämmen. Neben den bisherigen Maßnahmen wird u. a. daran gedacht, den Arbeitslosen, die sich nicht in bestreikte Betriebe vermitteln lassen, die Unterstützung zu entziehen.

Das „Berliner Tageblatt“ vom 4. Oktober schreibt dazu: „Es ist unzweifelhaft, daß eine solche Maßnahme, die gleichsam denjenigen bestraft, der nicht Streikbrecher sein will, auf den allerstärksten Widerstand innerhalb der Arbeiterschaft stoßen würde.“

Dieses kapitalistische Blatt schätzt die drohende Maßnahme richtig ein. Schon jetzt werden die Arbeiter alles einsetzen, um das Bündnis der Betriebsarbeiter und Arbeitslosen zu festigen.

Die Betriebsarbeiter müssen das Streikverbot mit der sofortigen Auslösung des Kampfes um das Streikrecht beantworten. Die Parole aller Betriebsarbeiter heißt:

Verteidigt das Streikrecht!

Gleichzeitig mit den Beratungen der Regierung finden fieberhafte Verhandlungen der Vertreter der Unternehmerverbände statt. Kein Zweifel, daß die Unternehmer über die Durchführung größerer Vorteile bei der Lohnabbau-Offensive beraten.

Mit den Vorstößen in einigen hundert, meist mittleren Betrieben haben die Unternehmer die Front der Arbeiterschaft abgetastet. Sie sind auf einen starken Kampfwillen der Arbeiter gestoßen. Die Arbeiter wollen sich keinen weiteren Lohnabbau mehr gefallen lassen, in Hunderten von Betrieben wurde der Lohnabbau abgewehrt.

Jetzt bereiten die Unternehmer neue Schläge vor, und sie wollen diese Vorstöße möglichst wirksam gestalten. Dementsprechend muß die Arbeiterklasse ihrerseits die nötigen Maßnahmen treffen. Jetzt gilt es, erst recht zum Kampf zu mobilisieren!

Notwendig ist es, daß sich alle Belegschaften in Betriebsversammlungen daraufhin einigen, jeden Lohnabbau mit der Waffe des Streiks abzuwehren. Notwendig ist es, in jedem Betrieb ganz konkrete betriebliche Forderungen aufzustellen, insbesondere in Richtung der Zurückübernahme des bisher geraubten Lohnanteils. Durch diese Belegschaftsversammlungen muß den Unternehmern gezeigt werden, daß sich die Belegschaften keinen neuen Lohnabbau gefallen lassen, daß sie entschlossen sind, für ihre Forderungen zu kämpfen.

Ferner ist notwendig, daß die Betriebsbelegschaften der Industriebezirke durch gewählte Delegierte miteinander die engste Verbindung herstellen, ebenso zu den Massen der Arbeitslosen! Mobilisiert überall die Arbeitermassen! Vor allem treten auf in allen Gewerkschaftsversammlungen, gewinnt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Einheitsfrontaktion!

Die Einheitsfrontaktion muß die Unternehmer-Offensive brechen

Britettfabrik Siebenhufenerstraße im Streit

Streikleitung bestehend aus Freigewerkschaftler, Christen, KPD.- und unorganisierten Kollegen gewählt

Breslau, 5. Oktober. Die Belegschaft der Britettfabrik Siebenhufenerstraße, ist gestern früh in den Streik getreten. Der Unternehmer wollte der Belegschaft einen Lohnabbau von 3 Prozent auflastieren. Die Belegschaft hatte am Montag, dem 3. Oktober, zu dem geplanten Lohnabbau Stellung genommen und beschloß den sofortigen Streik.

Nachdem die Arbeiter den Betrieb verlassen hatten, wurde in einer anschließenden Streikversammlung eine Streikleitung von fünf Mann gewählt. Diese setzt sich zusammen aus freigewerkschaftlich und christlich organisierten Kollegen, KPD.- und unorganisierten Kollegen. Die Belegschaft zählt 25 Mann. Die Streikfremdung ist

ausgezeichnet. Die KPD. hat sofort ihre Unterstützung den Streikenden zugesichert.

Die Belegschaft hatte schon vor vier Wochen einen Lohnabbauangriff durch passive Resistenz zurückgeschlagen. Jetzt erklärt der Unternehmer, daß er auf Lohnabbau bestehen müsse.

Diese kleine Belegschaft hat ein neues glänzendes Beispiel der einheitlichen Auslösung des Streikkampfes allen übrigen Betriebsarbeitern gegeben. Wir appellieren an die erwerbslosen Kollegen, Solidarität mit den Streikenden zu üben. Die Parole für die Erwerbslosen heißt: Keine Streikbrucharbeit! Es lebe der Streik der Britettarbeiter bis zum vollen Siege! Es lebe das Bündnis zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen!

Kollegen! So ist es recht!

1200 schlesische Metallarbeiter beschließen: Weiterstreiken!

Ein leuchtendes Beispiel für alle übrigen Betriebsarbeiter

Breslau, 5. Oktober. In den vom Streik erfaßten Betrieben der niederschlesischen Metallindustrie wurde am Montag durch Abstimmung zu dem Vermittlungsvorschlag des Hülfsverwaltenden Schlichters in Breslau Stellung genommen. Nach diesem Vorschlag soll mit Gültigkeit bis zum 31. Januar 1933 der Spitzenlohn in der niederschlesischen Metallindustrie ab 3. Oktober 86 1/2 Pfennig und der Alltagslohn 82 Pfennig betragen. Wiedereinstellungen sollen nach den betrieblichen Möglichkeiten erfolgen.

Bei der Abstimmung am Montag sprachen sich 82 Prozent der streikenden Kollegen für Ablehnung des vom Schlichter unterbreiteten Vorschlages aus. Der Streik in der niederschlesischen Metallindustrie — befreit werden 6 Betriebe mit 1200 Arbeitern — geht somit weiter.

Anfang September sind annähernd 2000 schlesische Metallarbeiter in den Streik gegen den von den Metallindustriellen diktierten vierprozentigen Lohnabbau getreten. Der einheitliche und geschlossene Streikakt hatte zwölf Firmen mit rund 1400 Arbeitern auf die Linie gewonnen; sie hatten sich bereits nach einigen Tagen Streik zur Weiterzahlung des alten Lohnes bereit erklärt. Durch die Streikstrategie der Führer der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften ist bis jetzt der Streik auf der ganzen Front verbündet worden. Die Forderung der R.G.D. auf Verbreiterung der Kampffront, um somit den Streik zu einem schnellen und siegreichen Ende zu führen, wurde von den Bürokraten mit allerlei Verleumdungen und Lügen auf das Schärfste bekämpft.

Die Metallindustriellen der noch sechs bestreikten Betriebe mit ungefähr 1200 Arbeitnehmern erwarten durch einen wochenlangen Streik die Schwächung der Kampfkraft und somit die Aufnahme der Arbeit zu den neuen Bedingungen. Die Gewerkschaftsführer wollen mit ihrer Taktik die schon seit Wochen im Streik stehenden Kollegen nicht in die Hände der Arbeitgeber und Gewerkschaftsführer in die Hände zum Schaden der Metallarbeiter. Die Niederlage dieser 1200 streikenden Kollegen würde zur Folge haben, daß die Unternehmer der 12 Betriebe — die durch den Streik gezwungen wurden, den alten Lohn wieder in Kraft zu setzen — erneut vorziehen würden. Und deshalb ist es notwendig, daß die übrige Arbeiterschaft mit den 1200 streikenden Metallarbeitern allseitige Solidarität übt, damit auch ihr Kampf zum Siege führt.

Die Abstimmung vom Montag liefert einen neuen Beweis dafür, daß die streikenden Kollegen bereit sind, ihren heroischen Kampf fortzusetzen. Und trotzdem müssen die Kollegen auf der Hut sein, damit die Bozen den Streik doch nicht noch abwärts! Halte sofort Streikversammlungen ab und wähle eigene Streikleitungen, wo auch die unorganisierten Kollegen vertreten sind. Alle Versuche, mit Streikbruch die einheitliche Kampffront zu brechen, müssen durch ein noch engeres Kampfbündnis mit den erwerbslosen Kollegen verhindert werden. Die kleinen Gewerbetreibenden, Bauern usw. müssen Lebensmittel für die Streikenden geben.

Es lebe der Streik der schlesischen Metallarbeiter bis zum Siege!

Zeno gegen Streikende eingesetzt

Hamburg, 4. Oktober. (Eig. Bericht.) Der Lohnabbauschießsbruch für die Hamburger Hoch- und Straßenbahner ist für verbindlich erklärt worden.

Heute morgen wurde für die Inbetriebsetzung der Weiskorfer Bahn die Technische Nothilfe eingesetzt. Ein ungeheures Polizeiaufgebot sorgte für den Schutz der Streikbrecher. Der erste Zug wurde auf allen Stationen mit stürmischen Pfuirufen der streikenden Hochbahner und der werktätigen Bevölkerung empfangen. Im ganzen Zug saßen 6 Fahrgäste und 25 Polizisten zu ihrem Schutz.

Auf die Hebe des „Hamburger Echo“ antwortete gestern eine von 250 streikenden Hoch- und Straßenbahnern besuchte Versammlung in Warmbad mit einer Resolution, in der es heißt:

„Die Versammlung weist entschieden die verkommenen Maßnahmen des „Hamburger Echo“ zurück, die Inbetriebnahme der Weiskorfer Bahn sei deshalb nicht zustande gekommen, weil das Personal den kommunistischen Terror fürchtet. In Wirklichkeit hat der geschlossene Wille aller Streikenden die streikbrecherischen Pläne durchkreuzt.“

Eine von der revolutionären Streikleitung in Einsbüttel einberufene Straßenbahnerversammlung wurde gestern abend auf Demonstration durch die reformistische Streikleitung verboten und dem Wirt mit Entziehung der Konzession im Falle des Stattfindens gedroht.

Der Einfluß der R.G.D. wächst. Insgesamt sind bereits auf 6 Bahnhöfen selbständige Streikleitungen eingesetzt, in denen Gesamtverbände, R.G.D.-Mitglieder und Unorganisierte Vertreter sind.

Der Einfluß der R.G.D. wächst. Insgesamt sind bereits auf 6 Bahnhöfen selbständige Streikleitungen eingesetzt, in denen Gesamtverbände, R.G.D.-Mitglieder und Unorganisierte Vertreter sind.

Der Einfluß der R.G.D. wächst. Insgesamt sind bereits auf 6 Bahnhöfen selbständige Streikleitungen eingesetzt, in denen Gesamtverbände, R.G.D.-Mitglieder und Unorganisierte Vertreter sind.

Der Einfluß der R.G.D. wächst. Insgesamt sind bereits auf 6 Bahnhöfen selbständige Streikleitungen eingesetzt, in denen Gesamtverbände, R.G.D.-Mitglieder und Unorganisierte Vertreter sind.

Siegreicher Kartoffelbuddlerstreik

Auf dem Gut Kemnitzerhagen (Kreis Greifswald, Pommern) traten am Donnerstag die Hofgänger und schlesischen Wanderarbeiter, die mit Kartoffelbuddeln beschäftigt waren, wegen Lohnforderungen in den Streik. Nach einträglichem, in geschlossener Front durchgeführtem Streik war der Junker gezwungen, nachzugeben und den Lohn pro Kiepe um 2 Pfennig zu erhöhen.

Neue Verbote von kommunistischen theoretischen Zeitschriften

Berlin, 5. Oktober. (Eig. Drahtber.) Die „Junge Garde“ ist für drei Monate verboten worden. Die Veröffentlichung der Gründe ist unterzagt. Verboten wurde ferner „Die Kommune“ für drei Monate, „Der Propagandist“ und „Der Parteiarbeiter“ für ein halbes Jahr.

Teppichfabrik Stödler auch im Streik.

Streikende demonstrieren vor dem Gewerkschaftsbüro um die Anerkennung des Streiks und die Auszahlung der Streikunterstützung

Grünberg, 5. Oktober. Die Belegschaft der Firma Teppichfabrik Stödler ist heute wegen Lohnabbau in den Streik getreten. Die Gewerkschaftsführer haben es abgelehnt, für die Arbeiter einzutreten. Die Arbeiter sind geschlossen vor das Gewerkschaftsbüro gezogen, um die Bozen zu zwingen, den Streik anzuerkennen und Unterstützungen auszusprechen. Die Gewerkschaftsführer lehnten trotzdem ab und wollen die Arbeiter zwingen, wieder in den Betrieb zu gehen.

Die Fischereiarbeiter und -arbeiterinnen in Wesermünde und Bremerhaven sind in einen Sympathiestreik mit den Hochseefischern getreten. Der Solidaritätsstreik der Fischereiarbeiter ist ein Beispiel für die gesamte Arbeiterschaft.

Bracht-Erlaß sichert Wahl-, „Freiheit“!

Berlin, 5. Oktober. (Eig. Drahtber.) Der preußische kommissarische Innenminister hat in einem Runderlaß Anweisungen zu dem Reichsbeschwerden gegeben. Unter anderem wird da erklärt: Versammlungen und Versammlungsbekanntmachungen der Revolverordnung gelten auch für die Wahlzeit. Wahlversammlungen dürfen nur in geschlossenen Räumen abgehalten werden und sind mindestens 45 Stunden vorher bei der Polizei anzumelden. Falls Anlauf zu Belästigungen und Störungen besteht, sind alle Maßnahmen zu treffen. Propagandafahrten auf Lastautos sind nicht anmeldeschuldig, aber wenn sie die Form eines Aufzuges annehmen, verboten. Durchsuchungen der Teilnehmer von Wahlversammlungen nach Waffen werden empfohlen. Bei der Prüfung, ob Plakate und Flugblätter zu Gewalttätigkeiten aufzuregen, sei maßgebend, welche Wirkung bei den Durchschnittelesern erzielt wird und nicht, welche Absicht der Urheber des Plakates hat.

Der neue Erlaß von Bracht richtet sich gegen die antisozialistische arbeitende Bevölkerung und die kommunistische Partei, deren Wahlpropaganda auf das höchste behindert werden soll. Wir Kommunisten müssen, daß auch durch solche Maßnahmen das Wachen der roten Einheitsfront nicht gehemmt werden kann. Die heftige Agitation und Propaganda in die Einzelbetriebe in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Mietskasernen gegen Lohn- und Unter-

stützungsbau und Mietswucher. Die Stimmenabgabe für die kommunistische Partei am 6. November ist wiederum nur ein Kennzeichen zum außerparlamentarischen Massenkampf um Arbeit, Brot und Freiheit.

Die in Hindenburg-Prußen-Deutschland herrschende Wahl-„Freiheit“ muß alle Antifaschisten veranlassen, die Betriebs-, Stempelstellen- und Hausagitation zu verzehnfachen. Auf diese Weise wird und muß es uns gelingen, neue Hunderttausende Wähler für die kommunistische Partei zu gewinnen.

Lohnarif für Hamburger Hafnarbeiter verlängert!

Wie die „Hamburger Nachrichten“ vom 4. Oktober melden, sind die Lohnarife in den Hamburger Hafenbetrieben, die mit der Forderung eines Lohnabbaues von 1,30 Mark gekündigt waren, verlängert worden. Das ist ein erster Teilerfolg der Streikmobilisierung der Hafnarbeiter durch die Hafenbelegiertenkonferenz am vergangenen Sonntag.

Reformisten verraten die streikenden Hamburger Straßenbahner

Hamburg, 5. Oktober. (Eig. Drahtber.) Der Reichsarbeitsminister hat den für die Hamburger Verkehrsbetriebe gefällten Spruch, gegen den die Verkehrsarbeiter in den Streik getreten sind, als verbindlich erklärt. Die Gewerkschaftsbürokratie des Gesamtverbandes hat daraufhin die Arbeiter offen zum Abbruch des Streiks und zur Arbeitsaufnahme bei einem Lohnabbau von insgesamt über 12 Prozent aufgefordert. Der Aufruf der Gewerkschaftsbürokratie hat stürmische Empörung unter den Verkehrsarbeitern und unter der übrigen Arbeiterschaft hervorgerufen. In dem Streiklokal wurde stürmisch die Weiterführung des Streiks gefordert. Wie die Plakate melden, tritt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition für Weiterstreiken ein und findet starke Zustimmung unter

den Verkehrsarbeitern. Die Verbindlichkeitsklärung gegen den Hamburger Streik ist um so bedeutungsvoller, als wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß in der heute in Berlin stattfindenden Schlichterkonferenz die Verbindlichkeitsklärung als Hauptmaßnahme gegen die Streiks festgelegt werden soll. Der „Vorwärts“ brachte gestern eine Siebenzeilenmeldung über die Verbindlichkeitsklärung mit dem vielsagenden Schlusssatz: „Der Hamburger Verkehrsarbeiterstreik dürfte auf Grund dieser Entscheidung nunmehr sein Ende finden.“ Heute morgen steht im „Vorwärts“ kein Wort mehr über den Hamburger Streik.

Jeder Tag bringt neue Streiksiege

Die Belegschaft der Firma Rogbach & Kratz in Delsauß i. V. die am 30. September gegen einen 18 bis 20prozentigen Lohnabbau in den Streik getreten ist, hat durch ihren entschlossenen Kampf einen vollen Erfolg errungen. Bereits am 1. Oktober zog der Unternehmer den Lohnabbau zurück und erlaubte auch die weiteren Forderungen der Streikenden an. Der erfolgreiche Kampf stand unter Führung der R.G.D. Die reformistischen Betriebsräte hatten versucht, die Belegschaft auf das Arbeitsgericht zu verdrängen und wollten außerdem erst bei der Landesleitung des FFB die Erlaubnis für den Streik einholen. Der Streiktag beweist eindeutig, daß der Lohnabbau nicht durch Arbeitsgerichte, sondern nur durch Kampf abgewehrt werden kann.

Der Streik der 500 Mann starken Belegschaft der Textilfirma Baldus in Friedrichstal bei Gummersbach gegen einen Lohnabbau auf Grund der Notverordnung, ist mit einem Teilerfolg beendet worden. Die Lohnföhrung wurde sofort zurückgenommen. Ab 1. November werden jedoch für die englischen Aufträge die Löhne um 2 Prozent gekürzt. Bei geschlossener Weiterführung des Kampfes hätte auch hier die Belegschaft ohne Zweifel einen vollen Sieg erringen können.

Im Kampf der Hochseefischer gegen den Lohnabbau haben die Seeleute bereits die ersten Erfolge erzielt. Unter dem Druck der geschlossenen Streikfront haben die Reeder der Fischdampfer „Eise Kanke“ und „Rhein“ die Forderungen der Seeleute voll bewilligt. Die Besatzung der beiden Dampfer hat daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen.

Einem glänzenden erfolgreichen Solidaritätsstreik haben die

Fischarbeiter der Firma Binzeng, Bus & Co. in Seebeck u. a. durchgeföhrt. Als die Arbeiter erfuhr, daß die Mannschaften der Fischdampfer die Ausfahrt verweigerten, stellten sie sofort eigene Forderungen an die Betriebsleitung. Statt des bisherigen Lohnes von 12 Pfennigen pro Kiste forderten sie 30 Pfennig. Nach halbständigem Streik mußte die Direktion diese Forderung bewilligen. Die Belegschaft beschloß, für die im Streik ruhenden Hochseefischer einen Stundenlohn abzuführen.

Die Belegschaft der Straßenbahn Herne-Castrop beschloß in zwei Betriebsversammlungen, gegen den von der Verwaltung angeforderten Lohnabbau durch Arbeitszeitverkürzung in den Streik zu treten. Unter dem Druck dieses entschlossenen Kampfwillens der Belegschaft hat die Straßenbahndirektion die angeordnete Arbeitszeitverkürzung zurückgezogen.

Um die Auszahlung rückständiger Löhne sind die Arbeiter des Gutes Klein-Pöhlen bei Waren am 30. September in den Streik getreten. Schon nach halbtägigem Streik zahlte die Gutsverwaltung den Lohn für 14 Tage aus. Dieser schnelle Kampferfolg war nur möglich, weil alle Arbeiter in vorbildlicher Einheitsfrontaktion geschlossen die Arbeit niederlegten.

Am 1. Oktober trat die Belegschaft der Rixhainer Holz- und Lederfabrik in den Streik. Die Betriebsleitung hatte durch Anschlag bekanntgegeben, daß sie auf Grund der Notverordnung einen 50prozentigen Abbau für die 31. bis 40. Stunde vornehmen wolle. Daraufhin sah sich die Betriebsleitung gezwungen, den Käufern anzukündigen.

Der „Rote Wähler“ erschienen

Soeben ist die Oktobernummer des „Roten Wähler“, Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion, erschienen.

Diese Zeitung enthält eine Anzahl wichtiger Artikel, in denen die Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu den kommenden Fragen des Proletariats behandelt wird.

Unsere greise Genossin Klara Zetkin schreibt über die Einheitsfrontaktion der Arbeiter als das Gebot der Stunde im Kampf gegen Lohnabbau, Sozial- und Kulturreaktion.

Der Kampf gegen die Lohnabbaunotverordnung und das Volksentscheidmänner der SPD, wird vom Genosse Reubauer behandelt. Genosse Torgler beleuchtet die historische Reichstagsaktion vom 12. September. Weiter entrollt Genosse Kadel die Angriffsabsichten der Papen-Regierung auf die Sozialversicherung. Die Sondergerichtsjustiz wird vom Gen. Koska behandelt, und die Ernährungspolitik der Regierung, die einer Hungerblockade gegen das Volk gleicht, von Edwin Hönle. Georg Schumann behandelt den Kuhhandel zwischen Nazis und Zentrum.

Der „Rote Wähler“ bringt eine Fülle von Material, das jeder Betriebsarbeiter, jeder Erwerbslose, jeder Kleinbauer und Mittelkändler lesen muß. Für die Funktionäre revolutionärer Organisationen ist der „Rote Wähler“ eine Materialquelle für den Reichstagswahlkampf.

Jeder kaufe sofort den „Roten Wähler“

Bei allen St. Stellen zum Preis von 10 Bl. zu haben.

Waldenburger Steinseher und Kammer im Streit

Ein Lohnabbau von 22 Prozent diktiert — Der Steinarbeiter soll mit seiner Familie pro Tag und Kopf von 15,5 Pf. leben — Kein Hammer Schlag, bis der letzte Pfennig Lohnraub abgewehrt

Waldenburg. Auf Grund der Papen-Notverordnung wurde den Waldenburger Steinsehern und Kammern ein solch ungeheurer Lohnraub diktiert, daß diese geschlossen mit Streit antworteten. In der Zusatzverordnung zur „Arbeitsbeschaffung“ der Papen-Regierung sind die Herren Unternehmer ermächtigt, nach eigenem Ermessen die tariflich geregelten Löhne zu unterschreiten. In dem Falle der Waldenburger Steinseher und Kammer handelt es sich um eine Verfügung des Landeshauptmanns von Schlesien.

In dieser Verfügung wurden den Steinsehern und Kammern von dem tariflich festgelegten Lohn nicht weniger als 22 Prozent abdiktiert. Aber damit noch nicht genug, ist die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden in der Woche ohne Lohnausgleich reduziert worden. Bei den Steinsehern und Kammern hat sich die Papen-Notverordnung besonders kraß ausgewirkt. Das zeigt sehr anschaulich nachfolgende Aufstellung:

Der Papen-Lohnabbauplan bei den Steinarbeitern

Tariflohn für Steinseher ist pro Stunde	1,00 RM.
Tariflohn für Kammer ist pro Stunde	0,88 RM.
Durch Notverordnung herabgesetzt:	
Für Steinseher	0,78 RM.
Für Kammer	0,66 RM.

Dieser Lohn gilt für Ueberlandarbeit, bei der jeder Mensch Konstatieren muß, daß die daran geknüpften Lebensbedingungen alles andere als sozial und menschlich tragbar sind.

Zur Erkenntnis dieser Tatsache ein Beispiel aus der Praxis. Ein Steinseher, der Frau und 2 Kinder zu versorgen hat, soll von Waldenburg nach der Baustelle Gausdorf — Rynau arbeiten gehen, um dem Stempelgeld auf etwa 6½ Wochen zu entkommen. Wenn er also, infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit und der damit verbundenen Witterungseinflüsse, Glück hat, kann er bei der vorgeschriebenen 40-Stunden-Woche bei 78 Pfg. Stundenlohn einen Bruttoloverdienst haben von 31,20 RM. Hier von entfallen auf gesetzliche Abzüge: Einkommensteuer, Invalidenbeiträge, Erwerbslosenbeiträge, Krankenbeiträge, Krankentassenbeiträge, Bürgersteuer insgesamt 5 RM.

Die Ausgaben dieses Steinsehers

1. Mithingung für Motor- oder Fahrrad 1,80 RM.
2. Taschengeld für Unvorhergesehenes während des Weges von und zur Baustelle, insolge Witterungseinflüssen oder dergleichen 1,50 RM.
3. Da nach 6½ wöchentlicher Arbeitsdauer mindestens 14 Tage Karenzzeit zu machen sind, muß jede Woche vom Lohn mindestens 5 RM. zurückgelegt werden 5,00 RM.
4. Verbandsbeitrag 0,90 RM.
5. Tageszeitung 0,35 RM.
6. Wohnungsmiete 5,00 RM.
7. Lichtgeld, Wassergeld, Müllabfuhr, Kirchensteuer 1,00 RM.
8. Lebens-, Feuer- und Diebstahlsversicherung 0,75 RM.
9. Kohlen- und Brennholzverbrauch 1,00 RM.
10. Reparatur und Neuanfertigungen von Schuhwerk, Wäsche und dergleichen 2,00 RM.
11. Mittel für Gesundheits- und Körperpflege 1,00 RM.
12. Für 2 Kinder 1 Liter Milch pro Tag 1,55 RM.

zusammen 26,85 RM.

Summe der Ausgaben 26,85 RM.

Es bleiben also zur Ernährung der vierköpfigen Familie von 31,20 RM. ab 26,85 RM. = 4,35 RM. sage und schreibe 4,35 RM. übrig, also pro Tag und Kopf 15,5 Pfennig.

Noch schlechter ist es für die Kammer, die ja nur 26 RM. verdienen und dieselben Ausgaben haben, wie die Steinseher.

Wer jedenfalls Tag für Tag die 80 Pfund schwere Kamme schwingen soll, dem kann auch kein Reichstangler von Papen erzählen, daß mit einer solchen Lohndikatur auch der dümmste Arbeiter einverstanden wäre.

Was sagt der Bäcker, Fleischer und Lebensmittelhändler dazu? Ist das der Anfang von der vielversprochenen „Hebung der Kaufkraft“?

Deshalb, Arbeiter seid einig in diesem Abwehrkampf gegen die Reaktion. Diese Gewaltherrschaft, nur gegen die werttätigen Schichten, regiert nicht lange, denn diese Notverordnung, ihr Herren von der Reichsregierung, ist eine Katastrophe, und die Arbeiter werden den

So kurbelt Papen die Wirtschaft an

Ostdeutsche Textilwerke AG. legt Bleichereianlagen still

Gewerkschaftsbürokratie will der Belegschaft „persönliche Opfer“ im Interesse des Kapitals aufzwingen — Kampf um den Sozialismus, um die Arbeiter- und Bauernrepublik ist die Lösung

Polsnig bei Freiburg. Die Leitung der „Ostdeutschen Textilwerke“ in Landeshut teilt mit, daß die Bleichereianlagen in Polsnig endgültig stillgelegt werden.

Die Mehrheit der Polsniger Bevölkerung ist seit Monaten arbeitslos und lebt zum großen Teil von Wohlfahrtsunterstützung, die dazu noch schon des öfteren ausbleiben ist. Die Stilllegung der Bleichereianlagen bringt bis in weite Kreise des Mittelstandes noch größeres Elend. Das ist der Bankrott kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Trotz aller „Anturbelung der Wirtschaft“ geht es weiter bergab. Das kapitalistische System ist am Ende, ist reif, daß es dem Sozialismus, einer Arbeiter- und Bauernrepublik, Platz macht.

Der einzige Ausweg der kapitalistischen Herrscher, diese Elend spielende Ordnung zu erhalten, ist der Felszug gegen die Hungernden. Auch die SPD-Führer sind bereit, diesen Felszug mitzumachen. Das beweist die Meldung der sozialdemokratischen „Bergwacht“ vom 30. September über die Stilllegung der Bleicherei in Polsnig. In dieser Meldung lesen wir:

„Die Arbeitnehmervertreter (des Gewerkschaftsführer) haben nichts unversucht gelassen, um den Betrieb zu retten. Die Belegschaft war zu persönlichen Opfern bereit (?), um den Betrieb rentabel zu gestalten.“

Nicht die Belegschaft, sondern die Gewerkschaftsführer waren bereit, einen kleinen Pfeller der kapitalistischen Wirtschaft durch die Verschlechterung der Lebenslage der Belegschaft zu halten. Die „persönlichen Opfer“, das kann nämlich nur der Lohnraub sein, wie ihn auch die Papen-Notverordnung vorstelt. Die Arbeiterklasse aber muß es grundsätzlich ablehnen, den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft durch „persönliche Opfer“ aufzuhalten. Daß sie dazu nicht gewillt ist, das hat die Belegschaft der „Ostdeutschen Textilwerke“ durch ihren zweitägigen Streik gegen die Lohnraub-Notverordnung bewiesen. Wieder kommt die SPD, zu den Arbeitern mit parlamentarischer Illusion. Wir sagen den Arbeitern offen:

Kampf gegen alle Angriffe auf ihre Lebenshaltung erfolgreich abzuwehren verstehen.

Keinen Schlag Arbeit mehr, bis die Unternehmer auf die Anleerungen sind, das ist die Lösung der Waldenburger Steinseher und Kammer!

Kampfbundortgruppe Landeshut im Vormarsch

Landeshut. Wir haben den 2. Monatsplan erfüllt und überholt. An Literatur wurden 50 Stück Broschüren „Potempa“ und 20 Stück „Schlag mit dem SA-Terror“ verkauft. An Zeitungen wurden 200 Stück „Die Front“ und 200 Stück „Der Antifaschist“ umgelegt. Außerdem verkauft ein Kampfbundgenosse wöchentlich 40 Stück Arbeiter-Zeitungen. Gesammelt wurde für die Reichs- und Bezirksverbandsteilung 51,03 Mark. Eine Frauenstaffel mit 17 Mitgliedern wurde neu gegründet, desgleichen eine Jugendstaffel mit 10 Mitgliedern. 4 Mitglieder wurden der Männerstaffel zugeführt. Im ganzen wurden 31 Neuaufnahmen getätigt, darunter befinden sich 6 Betriebsarbeiter. Ein Vorstoß in Hartau-Fors brachte uns 6 Neuaufnahmen für die Rote Hilfe. Durchgeführt wurden 8 öffentliche Versammlungen, darunter eine Frauenversammlung, Flugblätter, welche zur Notverordnung vom 4. und 6. September Stellung nahmen, wurden herausgegeben und eine gutbesuchte Belegschaftsversammlung durchgeführt. Ferner beteiligten sich unsere Genossen aktiv an der Durchführung des Streiks bei der Firma Ostdeutsche Textilwerke in Landeshut.

Welche schlesische Ortsgruppe hat uns überholt? Bitte berichten

„Anturbelung“ auf Erwerbslosen-Kosten

Am 6. November, da habt ihr Gelegenheit, durch die Stimmabgabe für die SPD, Liste 3, euren Willen gegen das kapitalistische System und die faschistischen Blutlanger zu dokumentieren. Eine Aenderung der Verhältnisse, die Beseitigung der Erwerbslosigkeit, des Hungers und Elends, könnt ihr aber nur im außerparlamentarischen Kampf, wie ihn die streikenden Metall- und Textilarbeiter in Schlesien führen, erreichen.

Sprottau. Die bürgerliche Presse berichtet: In einer im Landratsamt stattgefundenen Versammlung der Vertreter des Kreises, der Stadt und der Bürgerschaft Sprottau wurde einstimmig eine Aktiengesellschaft unter der Firma Niederschlesische Erzeugnisse-AG. Sprottau gegründet. Der Zweck der Gesellschaft ist, im geeigneten Zeitpunkt durch freihändigen Anlauf oder im Wege der Zwangsabfertigung das in der Liquidation befindliche Werk Wilhelmshütte Eisen- und Emaillewerke-AG., Sprottau, zu erwerben oder zu betreiben. Das Gründungskapital ist zunächst auf 58 000 Mark festgesetzt worden. Es sind jedoch vertragliche Vorkehrungen getroffen, um eine entsprechende Erhöhung auf etwa 500 000 bis 600 000 Mark im gegebenen Zeitpunkt vorzunehmen. Hierzu haben der Kreis Sprottau 200 000 Mark, die Stadt 20 000 Mark übernommen.

Einige Zeitungen wissen zu berichten, daß dieser Gründung Gelder aus der Erwerbslosenfürsorge von Stadt und Reich zugeflossen sind.

Täglich wird den Erwerbslosen die Unterstützung gekürzt, oft kommt es vor, daß überhaupt keine Unterstützung ausgezahlt wird. Und hier hat man Tausende von Mark aus der Erwerbslosenfürsorge für die Neugründung einer AG., durch die in der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft kein Arbeiter zu Arbeit und Brot kommt. Auch diese „Neugründung“ wird von der Arbeiterklasse als ein Zeichen des Niedergangs gewertet, weil sie auf Sand steht.

Nur der Sowjetstaat ist durch seine sozialistische Planwirtschaft in der Lage, neue Werke entstehen zu lassen, den Arbeitern Arbeit und Brot zu geben. Das beweist Sowjetrußland täglich!

Obersteiger Kühnel heßt

(Bergarbeiterkorrespondenz) Obersteiger Kühnel sollte sich mit anderen Dingen in der Melchiorgrube beschäftigen, als mit dem verurteilten Schulz, dessen unmensliches Handeln an seinen Kindern dazu herhalten muß, um der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, der SPD., ein auszuweichen. „Seht euch eure Führer an, solchen Führern laßt ihr nach“, sind gewöhnlich seine Anfangsworte, mit denen er Diskussionen mit den Kampels beginnt, zu denen aber nur „Er“, der Obersteiger, das Wort hat. Der Zweck ist offensichtlich. Es wird dem Obersteiger aber nicht gelingen, den Kampels vor der SPD. gruselig zu machen. Jedes Kind weiß bereits, daß Schulz vor fast zwei Jahren aus der SPD. entfernt wurde. Eine Partei der Revolution hat es nicht nötig, Personen, die nicht wert sind, den Namen Kommunisten zu tragen, in ihren Reihen zu dulden, mögen sie eine noch so große Rolle gespielt haben. Wir revolutionären Arbeiter verurteilen die Mißhandlungen an den Kindern durch Schulz auf das schärfste. Aber, Herr Obersteiger, Sie haben sich wohl nicht entzweit, als auf unmenslichste Art und Weise unser Genosse Pietzuch in Potempa ermordet wurde und die Täter noch von ihrer Seite als Helfen geleistet wurden? Was sagen Sie zu dem Mordmörder Kolke aus Dittmannsdorf, der ebenfalls unseren Genossen Weizwinkler, Neufendorff, erschossen hat und jetzt freigesprochen wurde, wo bleibt da Ihre Entzweiung?

Kampels, seid auf der Hut, laßt euch von den Unternehmern nicht irreführen, haltet zur einzigen Arbeiterpartei, der SPD., die euch im Kampf gegen Lohnraub und den Unternehmerterror führt.

Landarbeiter im Kampf gegen Barone, Nazis und Bonzen

So lautet der Titel der soeben herausgegebenen Landarbeiterbroschüre.

Das Elend der Landarbeiter, die arbeiterfeindlichen Methoden der Nazis und der Gewerkschaftsführer, die sie gegen das werttätige Landvolk im Auftrage der Krant- und Rügenbarone anwenden, werden nicht nur durch Tatsachenmaterial bewiesen, sondern darüber hinaus auch die Kampfkraft der Landarbeiter gezeigt, die zu einem großen Teil den Weg beschritten haben, um außerparlamentarisch die ihnen zustehenden Rechte zu erkämpfen.

Diese Broschüre ist Lehrer, Erzieher und Organisator für die Landarbeiter, für den revolutionären Ausweg zugleich.

Jede Landortgruppe, jede Ortsgruppe, jede Agitationskolonne der Landarbeitenden der Industriearbeitergruppen organisieren einen breiten Vertrieb dieser Broschüre.

Zu beziehen durch den Buch- und Zeitungsvertrieb Karl

Kasernenhofen im Arbeitsdienstpflicht-Lager

Unglaubliche Antreiberei und Kasernengeist — Widerspruch wird nicht gebuldet — Bei Unglücksfällen kein Krankengeld Schafft die rote Jugendeinheit gegen Arbeitsdienstpflicht, Jugendlend und Faschismus, für den Sozialismus!

Görlitz. Unglaubliche Vorfälle spielten sich am 22. September auf den Arbeitsstellen des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes in Gennersdorf bei Görlitz und auf den Weichen bei Görlitz ab.

Herr Flußbaumeister Köhler scheint dort das Amt eines Fronvogtes zu verwalten. Nach einem Vorspiel in Gennersdorf, auf das wir noch zurückkommen werden, kam Herr K. zu der Flußregulierungsbaustelle auf den Weichen, wo ihm die Arbeit nicht schnell genug ging und er im schärften Ton „Arbeit“ zu sehen verlangte. Auf die Antwort eines Arbeitsdiensters: „Aber Herr Baumeister, wir arbeiten doch!“ schnauzte dieser Herr K. an:

„Sie haben mir gar nichts zu antworten!“

Auf einer anderen Stelle rammt eine Gruppe Arbeitsdienster Pfähle in den Mferand; auch das ging dem Herrn nicht schnell genug, er rief: „Ich will kloppen hören!“ Weil nun ein Mann seiner Ansicht nach noch nicht kräftig genug schlägt (in Wirklichkeit wurde der Pfahl erst eingeseht und mußte infolgedessen erst langsam angegeschlagen werden), bezeichnet es Köhler als Sabotage und ruft unter anderem dem Arbeitsdienster zu:

„Der Mann in den blauen Hosen sofort aufhören und die Baustelle verlassen!“

Auf die Frage des Jungarbeiters: „Warum?“ brüllt ihn der Baumeister an: „Sie sollen machen, daß Sie weiter kommen!“ Der Junge verläßt still seinen Arbeitsplatz und will sich keine Zede holen, da schreit ihn diese Notverordnungsstülze nochmals an: „Sie sollen sich vom Platz scheren!“

In der Kolonne machte sich auf Grund dieser Vorfälle eine sehr starke Erregung bemerkbar.

Keinem war bekannt, daß der Flußbaumeister berechtigt ist, auch in den eigentlichen Arbeitsgang bestimmend einzugreifen, da bisher nur der Kolonnenführer bei der Arbeitseinteilung bestimmend für die Leute war. Im Anschluß an den geschüberten Vorfall stürzte ein infolge der Antreiberei nur flüchtig und mangelhaft hergestelltes Gerüst zusammen. Ein Arbeiter flog dabei in die Reihe. Ein bei derselben Gruppe beschäftigter Arbeitsdienster ruft ärgerlich: „Verdammt noch mal! Man hat noch nicht einmal Zeit, das Gerüst ordentlich anzubauen!“ Flußbaumeister Köhler schrie daraufhin über den Platz:

„Der Mann kann sofort mit nach Hause gehen!“

Auf Grund dieses neuen Vorfalles stieg die Erregung der ganzen Kolonne zur Siedehitze. Zufällig des Weges vorbeikommende Passanten, die das äußerst provozierende Verhalten des Herrn Köhler

zum Teil mit gesehen und gehört hatten, nahmen auch gegen diesen Stellung. Der zuletzt nach Hause geschickte jugendliche Arbeiter machte in absolut begreiflicher Empörung seinem Herzen etwas deutlich Luft, und geißelt dabei auch die vorhandenen Mißstände in bezug auf die

bei eingetretenen Unglücksfällen nicht gewährte Krankengeld-Unterstützung.

Er war u. E. vollständig dazu berechtigt, da er selbst kurz vorher leicht verunglückt war, auch ein anderer Kollege durch das überhaltende Arbeitssystem beinahe einen Finger eingebüßt hatte, wo für aber Krankengeld nicht gezahlt werden sollte. Während der letzten Vorgänge kam ein anderer jugendlicher Arbeiter auf seinem Wege nach der Stadt an besagter Arbeitsstelle vorbei und rief: „So hat er (Köhler) es mit uns heute auch schon gemacht!“ Es war dies der jugendliche „Arbeitsfreiwillige“, den der Flußbaumeister Köhler auf der Baustelle Gennersdorf wegen angeblichen Sachens (1) nach Hause gejagt hatte. Der betreffende Jungarbeiter bestreitet ganz entschieden gelacht zu haben, wenn er aber gelacht hätte, so hätte dies Köhler gar nicht sehen können, da er diesem den Rücken zugewandt hat. Anlaß zu diesem Fall war, daß der junge Mann, nach Ansicht des K., nicht richtig hobeln konnte. Nur der, trotz ihrer kolossalen, berechtigten Erregung, noch besonnenen Haltung der ganzen Kolonne, hat es Herr Flußbaumeister Köhler zu danken, daß er nicht in die Reihe geworden wurde. Im Anschluß an das vorgefallene, ging eine Kolonne zum Büro des „Volksbundes“ und verhandelte dort über die Wiedereinstellung ihrer auf die recht sonderbare und unbegreiflich erscheinende Weise entlassenen Kameraden. Dies wurde außer einem Fall mit der wohl allen verständlichen Begründung abgelehnt: „Die Arbeiter hätten Herrn Köhler in seinen innersten Gefühlen (?) zu schwer gekränkt, und er müßte sonst sein Amt niederlegen.“ Die Entlassenen werden nun auf keiner Stelle des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ mehr eingestellt und müssen noch gewärtigen, daß gegen sie ein Verfahren eingeleitet wird. Beschwerden auf den zuständigen Stellen wurden glatt abgewiesen. Wir aber fragen die Jugendlichen: „Habt ihr euch unter „freiwilligen Arbeitsdienst“ eine derart schändliche und provozierende Behandlung vorgestellt?“

Nein! Hier seht ihr, daß die Arbeitsdienstpflicht nur dazu da ist, euch zu gebuldeten Arbeitstieren zu erziehen und möglichst viel Profit aus euren Knochen herauszuschinden. Arbeitsdienst, das ist die Vorbereitung der Jugend zum Streikbruch und Krieg gegen Sowjetrußland! Das aber will die werttätige Jugend nicht! Jungwerttätige, darum kämpft in Antifaschistischer Aktion mit dem kommunistischen Jugendverband. Schafft die rote Jugendeinheit gegen Arbeitsdienstpflicht, Jugendlend und Faschismus, für den Sozialismus!

Mordfeme im Braunen Haus

Merkwürdige Zusammenhänge zwischen Reichsbanner- und SA-Führung

Am Montag fand in München ein politischer Prozeß statt, der einwandfrei den Nachweis erbrachte, daß im Braunen Haus eine Mordfeme gegen missliebige Mitglieder angezogen wird. Die SPD-Führung in München hat vor einiger Zeit Artikel veröffentlicht, in denen die Naziführer Buch, Buhle, Schulz und Schwarz belastet wurden. Bezeichnenderweise hat der Hauptbelastete, Major Buch, nicht geklagt. Das bezeugt die nur nebenbei genannten Nennmärdler Schulz und Stadtrat Schwarz. Außerdem ist charakteristisch, daß die als Zeugen genannten Hauptmann Röhm, Graf Tu Moulin-Edard, Graf Sprei usw. nicht vor Gericht erschienen und sich lieber 50 Mark Geldstrafe anzunehmen ließen, als die Wahrheit über die Mordfeme vor Gericht anzulassen.

Die entscheidenden Aussagen machten zwei Zeugen. Bell und der Reichsbannermajor Mann. Der Nazimann Bell, gegen den sich ein Mordanschlag der braunen Feme gerichtet hatte, schilderte eine Zusammenkunft mit Röhm und dem Naziführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt:

„Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Saubande — d. h. die Reichsleitung der NSDAP — ins Juchhaus läme.“

Bell gab an, daß es in der NSDAP einen Geheimdienst gibt, durch den missliebige Leute beseitigt werden. Offiziell nenne man

das Selbstschuß. Damit hat Bell die SA-Formationen offen auch als Geheimorganisationen bezeichnet.

Sensationell waren die Aussagen des Reichsbannermajors Mann, der über eine Unterredung zwischen ihm und dem SA-Führer Röhm berichtete. Mann erklärte, daß er schon lange vor dieser Unterredung Mitteilungen über die Feme im Braunen Haus bekommen habe. Dann habe er engere Beziehungen zu dem Nazizugehörigen Bell aufgenommen. Bell habe dann auch die Unterredung zwischen Mann und Röhm vermittelt. In dieser Unterredung habe Röhm schwer auf Schulz, Buch, Schwarz und Buhle geschimpft. Röhm habe erklärt, daß Schulz die ganze Feme organisiere. Als früherer Nennmärdler ist er dazu ja auch besonders geeignet. Im Verlauf der Unterredung betonte Röhm ausdrücklich, er habe sich deswegen mit Mann in Verbindung gesetzt, weil Mann sein früherer Kamerad gewesen sei.

Diese Unterredung zwischen Mann und Röhm wird bei allen Reichsbannerarbeitern größtes Aufsehen erregen. Denn Mann hat niemals etwas über diese Verbindung veröffentlicht, weil er sich Röhm gegenüber durch sein kaiserliches Offiziersehrenwort verpflichtet hatte. Bekanntlich ist Mann der Offizier, der in engster Zusammenarbeit mit Röske und General Epp die Arbeiter-Notarmisten der Münchener Räterepublik im Mai 1919 niedermegeln ließ.

Da in diesem Prozeß zwar der Major Buch und andere Leute

schwer belastet wurden, aber gegen Schulz und Schwarz der Beweis ihrer Mithilfe bei der Feme nicht voll erbracht war, wurde der Reichsleiter zu 1200 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsverhandlung wird durch die dann erzwungenen Aussagen von Röhm und Konforten wohl noch eine weitere Klärung über die Feme im Braunen Haus erfolgen.

Anscheinend soll auf Grund des Prozesses Röhm abgesetzt werden. Die bürgerlichen Blätter berichten von einer Sitzung der Reichsleitung der NSDAP, in der Maßnahmen gegen weitere Entfaltungen über die braune Mordfeme beschlossen wurden.

Ein schöner Saustall, diese Naziführung! Einer will den ändern erschließen lassen, um in die hochbezahlten Posten hineinzuschlüpfen. Keiner traut dem andern! Naziproleten, wie lange wollt ihr euch noch von dieser Saubande belügen und betrügen lassen?

Schlesien mit dem Justizterror!
Her mit der Amnestie!
Helft den Opfern!
ROTE HILFE

G

Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Friedland

Montelion, Miederstoffe, Strümpfe und Trikotagen
immer billiger im **Central-Kaufhaus**
47668 Braunschauer Straße Nr. 32

Ballhaus, Schlesiener Hof
Inhaber E. Gutter
Landeshuter Str.
empfiehlt sich den Werktätigen 47669

Café, Bäckerei und Konditorei
47670 Max Bachmann, Braunschauer Str. 28

Kolonialwaren, Fische, Wild
47671 Konserven, Obst und Gemüse
F. Weider, Schweidnitzer Str. 6

Sämtliche Molkereiprodukte 47672
empfiehlt **Carl Neugebauer**, Liebigstr. 2

ff. Fleisch- u. Wurstwaren Ia Aufschnitt
Josef Hermann, Obersteiner Str. 15 47673

Möbelhaus Fr. Schubert
47674 Obere Steinstraße 3. Teilzahlung
gestattet. — Lieferung frei Haus

Kolonialwaren / Tabake 47675
Rise Jopiner, Untere Steinstraße 8

Kolonial- u. Schnittwarenhäuser 47676
Tabake Inh. **Martha Stendel**, Heldstr. 18

Burgkeller 47677 Verkehrslokal
aller Werktätigen
Alfred Meisel

Brot- und Feinbäckerei 47678
Hermann Wagner, Braunschauer Str. 5

Schmiedeberg

Kauft im 47278
Hamburger Zigarrenhaus

Kolonial-, Rauchwaren, Franz Holz
47273 Steinstraßen 47, Markt 23

Brot- und Feinbäckerei Walter Petrasch
47274 Liebauer Straße 50

Brot- und Weißbäckerei 47275
Berbert Schwabe, Liebauer Straße 58

Richard Fehler, Oberstraße 14
Bäckerei — Kolonialwaren 47276

Fleisch- u. Wurstwaren, Ia Aufschnitt
Ernst Krebs, Oberstraße 5 47277

ff. Fleisch- und Wurstwaren 47279
Bier- und Frühstücksspeise
Berthold Haring, Hammerstr.

Leschwitz b. Görlitz

E. Sperlich, Lebensmittel
47525 Zittauer Straße 35

H. Model
Demischstraße 4
Lebensmittel 49249

G. Schlicht, Zittauer Straße 20
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 49251

Paul Jäkel, Seidenberger Str. 39
Lebensmittel 46248

Otto Grafe
Zittauer Str. 3
Fleisch- und
Wurstwaren 47522

Endstation **Schweizerhaus Leschwitz**
empfiehlt seine Lokaltäten
Großer Saal
Max Laage und Frau 47253

Die bevorzugten Rüdiger-Gaststätten
Berliner Str. 32
Brüderstraße 1 bieten jedem das Beste 4724

Görlitz

Hermann Strobach Dresdener Platz 5
46945 Textilwaren — Reste

Wäschehaus Hermann Junge
Marienplatz 6, gegenüb. dem dicken Turm
Bettwäsche, Tischwäsche, Leinwäsche, Trikotagen
u. Wollwaren, Kleider- u. Wäschestoffe, Gardinen
46641

Bruno Bolz
46811 Kakao — Schokoladen — Kaffee — Tee

Fisch- und Feinkostgeschäft
Paul Hultsch, Feinianiplatz 39
46813

H. Zippel, Braumwiesenstraße 24
Textilwaren, Arbeiter-Bekleidung 46646

Seifen, Parfümerien, Photo
A. Bleul, Brautwiesenstr. 30
46642

Papiergeschäft, Schützenstraße 4
46644

W. Kaczmarek, Landeskronstr. 42
Bettwäsche, Kleider, Blaue Marken 46947

P. Herzmann, Bautzener Str. 51
47663 Weiß-, Brot- u. Feinbäckerei

G. Centiger, Heilige Grabstraße 73
Fleisch- und Wurstwaren 47127

P. Prüfer, Jacobstraße 40
Gold- und Silberwaren — Uhren 46949

Konsul-Drogerie
Konsulstraße 2 47129

Spezial-Bettengeschäft
Bettfedern-Reinigung
Anna Schlecht, Brüderstr. 3
46810

Sämereien
Alfred Frenzel Nachf., Elisabethstraße 17
45645

B. Baier, Baugener Straße 4/7
Arbeitsbekleidung
Möbel- und Polsterwaren 46812

W. Melzer
Hohes raße 11
Fleisch- u. Wurstwaren 47250

Kronen-Apotheke
Bismarckstr. 2
Preiswert! Reell! Qualitätswaren!

R. Hötig, Breitestr. 22
Fleisch- und
Wurstwaren 47128

K. Schubert
Leipziger- Ecke Krönerstr.
Milk und
Lebensmittel 46944

H. Nositz 46943
Reichenbacher Str. 14
Lebensmittel, Milch

Richard Schneider
Langen- Ecke Breitestr.
Fleisch- und
Wurstwaren 46939

G. Schmiedchen
Konfitüren
Lebensmittel
Jauernicker Str. 43
46938

Reserviert
46850

Ernst Seidel, Demtanipl. 19-20
Reparatur-Werkstatt
Große Auswahl Fahrräder, Nähmaschinen
47130

Destillation / Weinhandlung
F. USEMANN
Weberstraße 10 46649

Theodor Dürsel, Obermarkt 2
Fahrräder und Ersatzteile
46814

Reserviert 47249

F. Zilger, Blumenstraße 60
47662 Schleiferei u. Stahlwaren

Braunschauer, Breitestraße
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
47251

Reserviert 47248

W. Klumpp
Mittelstraße 21
47661 Obst, Gemüse
Kolonialwaren

P. Schröter
Rauschwalder Str. 27
Fleisch- und
Wurstwaren 47664

Jauer

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
46970 **Curt Warmuth**, Königstraße 12

Lebensmittel 46969
Martha Romanczyk, Altjauer Str. 18 a

Schuhwaren und Fußpflege
46975 **K. Klie m ke**, Goldberger Str. 32

Richard Wenke
46974 Goldberger Straße 24
Fleisch- und Wurstwaren

Verlangt stets Haselbach- und Kipke-Bier
46966 **Erich Keil**, Kirchstraße 1

Reinhold Köhler
46967 Vorwerkstraße 32
Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Weinhold
46972 Goldberger Straße 10
Ia Fleisch- und Wurstwaren

Wir kaufen unsere Lebensmittel nur bei
36982 **H. Lanksch**, Königstraße 1
und unsere Milch am Milchwagen **H. Riedel**

Niesky

R. Barthel, Waldstr. 2
Haus- u. Küchengeräte
47520

O. Jäschke
Brot- u. Weißbäckerei
Hindenburgstr. 5
47522

O. Lorenz
Brot-, Weiß-
und Feinbäckerei
Hindenburgstraße 20
47521

W. Mühl e
Mittelstraße 1
Roßhaischeret
47524

Stern-Drogerie
Drogen — Farben — Photo
47523 Horkaer Straße Nr. 1

Deislerwitz

Beste Bezugsquelle 47500
für **Lebensmittel** ist und bleibt das
Kaufhaus Klaus

Fleisch- und Wurstwaren
Mag. Rühnerl, Hauptstraße 90
47499

Reichenbach O.L.

Max Horter
Markt 16
Fleisch-
und Wurstwaren
47132

Reserviert 47134

Reserviert 47133

Tannhausen

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Bruno Fritsch, Blumenauer Weg
47008

Schloß-Brauerei
47007 **Tannhausen**

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Wilhelm Holz, Neuroder Straße 15 47006

Penzig

S. Frankenstein & Co., Wilh.-Str. 35
47131

Gr. Warftenberg

Richard Dittrich, Destillation
47497 Ring 44

Bernstadt

Reserviert A 47509
Reserviert K 47508

Hugo Siczuka 47507
Auto- u. Motorrad-Zentrale / Abt. Fahrräder
Fernsprecher 188 — An der Breslauer Straße

Harry Schäffer
47506 **Uhrfabrik**
Namslauer Str. 22-23

Herren- und Knaben-Bekleidung
kauft bei 46973
Otto Schneider, Königstraße 30

Reserviert 46977

Modehaus
Max Zickel
46971 Jauer

Beuthen a. Oder, Bez. Liegnitz
Fleischerei und Wurstfabrik
47937 **Richard Kliemt**

Bäckerei Paul Herrmann
47935 Junkernstraße 38

Destillation u. Tabakwaren
Emil Strauß, Markt 28 47936

Lebensmittel, Tabakwaren kauft man am
47938 **Otto Schulz** besten bei

Halbau

Markt-Drogerie
Photo-Artikel — Parfümerien
Kinder- und Krankenpflege-Artikel 46640

Halbauer Markthalle
Kolonialwaren
46588 **Emma Weissner**

Schloßhalle
Eigene Erzeugnisse der Gärtnerei
und Landwirtschaft 46589

Bäckerei und Konditorei
Richard Lehmann, Markt 13
46590

Brieg

Fleisch- und Wurstwaren 47280
Ewald Cosewitt, Jungferstraße 6

Beerigungs-Institut 47281
Richard Gottschlich, Burgstraße 17

Fleisch- und Wurstwaren 47282
Rudolf Hoffmann, Wagnerstraße 16

Kurt Reimann, Friseur, Aepfelstraße 6
47283 Erwerbslose: Haarschneiden 40 Pfg.
Rasieren 10 Pfg.

Obst und Süßfrüchte 47284
Georg Beler, Ring 48

Bergmann's Etagegeschäft
Damen-, Mädchen- u. Kinderbekleidung
Oppelner Straße 24 47285

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Paul Zwirner, Burgstr. 2 47498

Petersdorf

A. Leisching, Dorstraße 228
Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel
47117

Gasthof z. Hoffnung / Tel. 139
Verkehrslokal aller Werktätigen
Fremdenzimmer, Autogarage, ia Mittagstisch
47118 **Bruno Schön**

Markthalle
Schnellwechsl - Anstalt
garant. für gute
Qualität u. sol. Preise
Helmut Zimmermann
Baderstr. 200 46691

Arbeiter deckt eure Rauchwaren
im **Zigarrenhaus Schneider**
46690 Schulstraße 34

Reserviert

Konradswaldau
Kurt Keil, Dorfstraße 25
Kolonialwaren — Spirituosen — Textil- und
Eisenwaren 47343

Winterhilfe für die Arbeitslosen!

Über 7 Millionen Arbeitslose in Deutschland, jetzt schon, zu Beginn des Herbstes! Wie hoch wird dann erst die Zahl im Januar und im Februar sein?

Diese Millionen Arbeitslosen gehen in einen Hungerwinter hinein, wie man ihn noch nie erlebt hat. Die gekürzten Unterstützungssätze reichen nicht aus, die allererforderlichsten Lebensmittel zu beschaffen und auch nur in der allerprimitivsten Weise die Existenz der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen zu erhalten.

Darum Kampf für die Erhöhung der Unterstützungssätze!

Die Regierung Papen hat eine solche Erhöhung für die Wintermonate in Aussicht gestellt. Doch die Herren sollen sich nicht einbilden, daß sie die Arbeitslosen mit ein paar Pfennigen lebenswichtigen können. Die Arbeitslosen verlangen die Rückgängigmachung des ganzen Unterstützungsaufbaus, der durch die Notverordnungen Papens und Brüning's durchgeführt worden ist.

Notwendig ist zugleich eine umfangreiche Winterhilfe, die zusätzlich zu den Barunterstützungen zu geben ist!

Wir haben in diesem Jahre wieder eine Riesenernte an Kartoffeln: 48 Millionen Tonnen! Man weiß nicht, wohin damit. Die Regierung will viele Millionen Mark ausgeben, um einen Teil dieser Kartoffeln zu Spirit, zu Stärke und zu Kartoffelstücken verarbeiten zu lassen. Allein für die Verspritzung sollen 2 Millionen Tonnen — das sind 40 000 Millionen Zentner, oder auf eine Arbeitslosenzahl von 8 Millionen umgerechnet, pro Kopf 5 Zentner! — verandt werden.

Wir fordern, daß die 2 Millionen Tonnen Kartoffeln nicht dem Branntweinmonopol zugeführt werden, wo schon 1,8 Millionen hektoliter unvertwerteter Vorräte liegen, sondern daß sie verandt werden um den Hunger der Arbeitslosen zu stillen. Wir fordern daß das Reich, statt Millionen Subventionen für die Kartoffelverspritzung auszugeben, den Arbeitslosen kostenlos die Kartoffeln für den Winter liefert!

Über 20 Millionen Tonnen Kartoffeln sollen den Schweinen verfüttert werden. Das bedeutet, daß die Schweinehaltung der Großagrarier noch mehr anwächst, zum Schaden der kleinen Bauern, die ihre Schweine nicht mehr loswerden. Wir fordern: Her mit den Kartoffeln für die Arbeitslosen! Menschen sind wichtiger als Schweine!

Nach der letzten Statistik gibt es bereits in Deutschland 24 Millionen Schweine. (Seit dem Frühjahr ist die Zahl um nicht weniger als 4 Millionen gewachsen.) Aber die breiten Massen des arbeitenden Volkes können kein Schweinefleisch mehr kaufen; für sie ist das Fleisch längst ein Luxus geworden.

Die Regierung Papen hat angekündigt, daß sie eine Fleischverbilligung durchführen will. Die Herren glauben anscheinend, daß es den Arbeitslosen möglich sei, Fleisch zu essen, wenn ihnen alle 14 Tage 1 Pfund Fleisch um 20 Pfennig verbilligt wird. Sie mögen einmal die Probe machen, mit der Unterstützung eines Wohlfahrtserwerbslosen auch nur einen Monat zu leben! Die ganze Fleischverbilligungsaktion ist nur ein Mittel, die Arbeitslosen zu beschwicheln. Wir fordern, daß den Arbeitslosen eine zusätzliche Winterhilfe in Form von Fleisch gewährt wird, und zwar unentgeltlich.

Man soll nicht sagen: Woher soll denn das Geld kommen? Woher kommen denn die Hunderte von Millionen, welche bisher Jahr für Jahr für das Agrarkapital und das Industriekapital ausgegeben wurden? Da fragen die Herrschaften nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, da wissen sie es!

Den Millionenmassen der Arbeitslosen muß es absolut klar sein: Nur im Kampf, nur durch ihre Aktion, nur durch den festen Zusammenschluß in der roten Einheitsfront werden sie diese Winterhilfsforderungen durchsetzen können. Darum müssen sie an allen Stempelstellen zu diesen Forderungen Stellung nehmen und ungesäumt die notwendigen Maßnahmen treffen, ehe der Hungerwinter mit allen seinen Schrecken über sie kommt!

Ohne Feigenblatt!

Immer lauter läutet die Totenglocke des kapitalistischen Systems. Immer größer wird der Widerspruch zwischen dem Kapitalismus und den Interessen der Millionen Arbeiter und Werktätigen. Die kapitalistische Wirtschaftskatastrophe in Deutschland hat eine breite und tiefer werdende antikapitalistische Flut zur Folge. Das kleine Häuflein Ausbeuter klammert sich natürlich an das Himmelreich seiner Profitmacherei und versucht alles, um den Untergang des Kapitalismus zu vermeiden, um die kapitalistische Herrschaft zu festigen. Das ist nur möglich, wenn es gelingt, die ausgebeuteten Massen zu täuschen und mit Hilfe der über Massenanhänger verfügenden Parteien das kapitalistische System zu erhalten.

Die Arbeiterklasse hat das größte Interesse, dieses Spiel zu durchkreuzen. Sie kann es desto leichter, je mehr sie es durchschaut.

Eine ausgezeichnete Gelegenheit dazu bietet sich jetzt: in Deutschland erscheint eine Korrespondenz, die sogenannten „Führerbriefe“, die nur für den kleinsten Kreis der Wirtschaftsführer und ihre bedeutendsten politischen Sachwalter bestimmt ist und deren Inhalt jetzt in der kommunistischen Presse — die Kommunisten sind doch Teufelsterle und bekommen alles in ihre Hände — veröffentlicht wird. Diese Enthüllungen muß jeder Arbeiter, jeder Werktätige lesen. Hier legt sich die herrschende Klasse keinen Zwang auf. Hier tritt sie fast unverhüllt auf. Hier erscheinen der Speckbauch und seine Stützen ohne Feigenblatt!

Wollt ihr wissen, Arbeiter, was das Hauptproblem

der Bourgeoisie ist? Hier in den „Führerbriefen“ wird in unverblümtem Zynismus erklärt:

„Das Problem der Konsolidierung (Befestigung) des bürgerlichen Regimes im Nachkriegsdeutschland ist allgemein durch die Tatsache bestimmt, daß das führende, nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden ist, um seine Herrschaft allein zu tragen. Es bedarf für diese Herrschaft, falls es sich nicht der höchst gefährlichen Waffe der rein militärischen Gewalt anvertrauen will, der Bindung von Schichten an sich, die sozial nicht zu ihm gehören, die ihm aber den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volk zu verankern und dadurch deren eigentlicher letzter Träger zu sein.“

Das Hauptproblem der Ausbeuter ist, auch, Ausgebeutete, für die Ausbeutung zu fördern. Wie das Schaf dem Schlichter, sollt ihr den Kapitalisten folgen. Ihr sollt für die Erhaltung des Systems, das euch aushungert und knechtet, eintreten!

Wie wird das bewerkstelligt? Das sprechen die „Führerbriefe“ nicht weniger offen aus. Vornehmlich mit Hilfe der Sozialdemokratie bzw. des ADGB und der Hitlerpartei.



Für die Einheitsfrontaktion gegen Hunger und Papen-Diktatur für die Arbeiter- und Bauernrepublik für den Sozialismus!

SAMMELLISTE No 12000

Name	RM	PL	Name	RM	PL
			Uebertrag		

Freigewerkschaftler fordern zur Wahl der Liste 3 auf

Professenschließung gegen „Rote-Fahne“-Verbot angenommen

In einer Bezirksversammlung des Baugewerksbundes Berlin, Bezirk Süd, rechneten die Kollegen gründlich mit der bisherigen Politik des sozialdemokratischen Verbandsapparates im Baugewerksbund ab. Dem anwesenden Angestellten Schädle wurden konkrete Fragen vorgelegt, die er beantworten sollte. U. a. die Frage:

Warum habt ihr uns bisher erzählt, daß man in der Krise nicht kämpfen könne und doch jetzt Hunderte von erfolgreichen Streiks statfinden?

Oder die Frage:

Wer ist schuld, daß die freien Gewerkschaften bis auf 4 Millionen Mitglieder zurückgegangen sind?

Die Antwort darauf gaben ihm die Arbeiter, die aufsetzten, daß nur durch die bewakte Streikpolitik der KGD. und aller

oppositionellen Gewerkschaften es erreicht werden konnte, daß heute eine breite Abwehr- und Angriffsbewegung in Deutschland gegen die Anarische der Unternehmer im Aufst. Ebenso wiesen sie nach, daß die Spaltungs- und Ausschlusspolitik eine wesentliche Ursache für das Zurückgehen der Gewerkschaften ist.

Gegen eine Stimme und die des Angestellten wurde beschlossen, bei der kommenden Reichstagswahl nur Kommunisten, Liste 3, zu wählen. Des weiteren wurde eine Professenschließung gegen das neuerliche Verbot der „Roten Fahne“ angenommen und sofortige Aufhebung desselben verlangt.

In allen Verbandsversammlungen müssen jetzt die Kollegen der Opposition vorstehen und den Verwirrungsmandatären der ADGB-Führer die antifaschistische Einheitsfront der Tat zur Durchführung des einheitlichen Kampfes aller Arbeiter entgegenstellen.

Nur bis Sonnabend den 8. Oktober

dauert unsere große

Oktober-WERBEWOCHEN



Nutzen Sie diese unvergleichliche Einkaufsgelegenheit aus. Bielschowsky-Qualitäten zu derart niedrigen Preisen gibt es sobald nicht wieder!

Reichillustrierte Sonderliste auf Verlangen kostenlos!

LEINENHAUS

BIELSCHOWSKY

NIKOLAISTR. 72-76 BRESLAU ECKE HERRENSTR.

155000 kommunistische Stimmen in Schlesien

Viele unserer Wähler lesen noch nicht die kommunistische Presse, sind also noch nicht ständig und richtig informierte revolutionäre Kämpfer. Hinein mit der Parteipresse in die Wohnungen der Werktätigen! Steigert die Pressewerbung!

RUND UM DEN ERDBALL

Neue Erdbeben in Griechenland

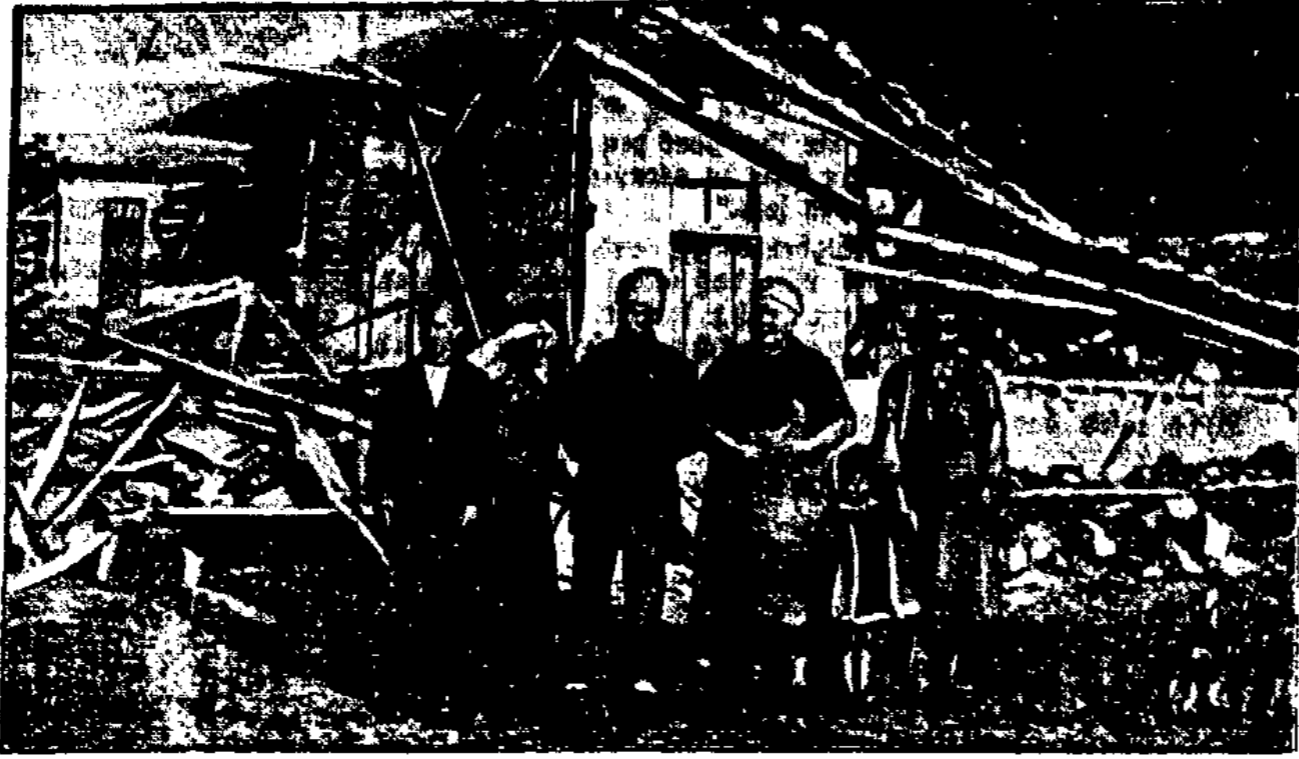
Hunger und Seuchen wüten im Erdbebengebiet

Athen, 4. Oktober. Durch neue schwere Erdstöße auf Chalkidike sind erneut mehrere Dörfer zerstört oder beschädigt worden. An einer Stelle hat sich ein Erdriß gebildet, der ein etwa 6 Kilometer langes Stück Land vom übrigen Festland abgetrennt hat. Man befürchtet, daß das ganze Stück, das sich an einem Tage um rund 40 Meter verschoben hat, ins Meer versinken wird.

Bisher zählt man 232 Todesopfer der Erdbebenkatastrophe. Im Cavalla-Hospital sind erneut 15 verletzte Personen gestorben.

Bei verschiedenen Küstenorten der Halbinsel Chalkidike vor Anker liegenden englischen Kriegsschiffe legten am Sonnabend viele der halbzerstörten Gebäude durch Geschütze nieder, um die Einsturzgefahr zu beseitigen. Das verwüstete Gebiet sieht einem Schlachtfeld gleich.

Die an den Rettungsarbeiten beteiligten englischen Matrosen tragen stellenweise Gasmasken, um sich vor den Ausdünstungen der umherliegenden Leichen zu schützen. Die Gefahr des Ausbruches von Seuchen ist sehr groß, da viele Leichen wegen Mangel an Särgen noch nicht fortgeschafft werden konnten. Das Massengrab der bei der Zerstörung von Terissos umgekommenen Menschen wurden in der Nacht zum Sonnabend von Schakalen heimgelockt und vollständig verwüßt. Die Opfer ruhten erneut begraben werden. Die englischen Matrosen beliefern vielfach die heimgelockte Bevölkerung mit Trinkwasser von den Kriegsschiffen, da an manchen Orten die Wasserzufuhr



vollkommen zerstört ist.

Die Erdstöße dauern, wenn auch abgeschwächt, fort. Im Erdbebengebiet herrscht großer Mangel an Lebensmitteln. Viele Verletzte müssen sterben, weil sie keine ärztliche Hilfe bekommen können. Die Lage wird dadurch verschärft, daß durch das ungesund gewordene Wasser die Ruhrerkrankungen zunehmen. Das zwangsweise Uebernehmen der geängstigten Bevölkerung im Freien hat zudem Malaria hervorgerufen. Da es an Chinin mangelt, werden die Leiden der obdachlosen Bevölkerung weiter vermehrt. 12 Kinder werden noch vermisst, und man befürchtet, daß sie den Tod unter den Trümmern gefunden haben. Ueber das Schicksal zahlreicher von jeglichem Verkehr abgeschnittener Ortschaften ist noch nichts bekannt geworden.

Spiegel der Ereignisse

Die Badehose

Nun also wird der heißeste Wunsch des deutschen Volkes erfüllt, werden die arbeitenden Massen der drückendsten Sorgen begeben. Der Kulturbolschewismus wird tödlich getroffen. Die Verordnung, die Badehosen betreffend, ist da. Jetzt wissen wir's: in der Badewanne dürfen wir sogar ohne Badehosen baden und sonst nur im Badeanzug.

Für jeden Fall aber scheint es sich hier um einen der wichtigsten Hebel zur „Anurbelung der Wirtschaft“ zu handeln. Die Rechnung ist einfach: in Deutschland leben ungefähr 65 Millionen Menschen. Die bisherigen Badehosen haben keine Geltung mehr, sie dürfen nicht mehr benötigt werden. Da gibt es zwei Möglichkeiten: entweder man hört zu baden auf, oder man schafft sich neue Badehosen an. Schafft man sich neue Badehosen an, dann müssen 65 Millionen neue Badeanzüge angefertigt werden.

Nehmen wir an, daß eine qualifizierte Schneiderin monatlich — genau läßt es sich nicht ausrechnen — jedenfalls eine größere Anzahl von Badeanzügen fertigen kann, dann müßten Millionen Arbeiterinnen — von der Wolllindustrie schon abgesehen — Beschäftigung finden.

Kurz, abgesehen davon, daß man hier dem „Kulturbolschewismus“ einen tödlichen Schlag verleiht, eröffnen sich für die „Anurbelung der Wirtschaft“ ungeahnte Perspektiven und ungeheure Möglichkeiten. Es werden sozusagen zwei Fliegen mit einem Schlag getroffen...

Die Glücklichen

Der amerikanische Journalist Knickerboder reist gegenwärtig durch Europa, um festzustellen, daß der Kapitalismus wieder hoch kommt. Selbstverständlich besuchte er auch Italien. Hier hatte er ein Gespräch mit einem der faschistischen Hauptlinge, Rossi, einem gewissen Syndikalisten, und unter den beiden entwickelte sich folgendes Gespräch:

Knickerboder fragte Rossi, ob es wahr sei, daß der Faschismus eine Versicherung der Kapitalisten gegen die Arbeiter sei.

Rossi verneinte das ganz entschieden. Keine Spur, meinte er, ganz im Gegenteil. Der Faschismus diene den Interessen der Arbeiter.

Wie es sich denn damit verhalte, fragte weiter Knickerboder, daß der Faschismus in Italien in letzter Zeit die Löhne um 30 Prozent reduziert habe?

Rossi antwortete: Es ist wahr, der Faschismus hat die Löhne um 30 Prozent gekürzt, aber — er zeigte jetzt mit der Hand auf einen Stoß Telegramme. Diese Telegramme, sagte er, stammen von armen Leuten. Alle sind glücklich und zufrieden und ihre Telegramme bilden den Ausdruck dafür.

Kurz und gut, in Italien sind die Arbeiter um so glücklicher, je mehr die Löhne gekürzt werden. Dieses Glück stamme offenbar daher, weil die Löhne bereits einen solchen Tiefstand erreicht haben, daß jedem der Weg ins „bessere Jenseits“ offen steht.

Somit kann man nicht begreifen, weswegen man ob der Kürzung der Löhne sich so glücklich schätzen kann.

Die Rassereinen

Eine ältere, fromme Jüdin lag in den letzten Zügen. Ihre Angehörigen umstanden sie, sangen Klagelieder und lobpreisten ihre Frömmigkeit. Pöhllich rief die Sterbende einen der Umstehenden zu sich, und äußerte den Wunsch, man möge ihr ein Kreuz bringen. Darauf großes Entsetzen bei allen Umstehenden, was denn geschehen sei. Sie antwortete, man kann nicht wissen, sicher ist sicher. Sie will eingehen sowohl als fromme Jüdin als auch als fromme Christin.

Da gibt es einen Herrn Arnold Bronnen, einen der eifrigsten Nazis, der von den Nazis auch zum literarischen Sachmann des Rundfunks vorgeschlagen wurde. Denn der Rundfunk könne nur — so meinten die Nazis — einen „deutschstämmigen Künstler und Geistesarbeiter“ vertragen.

So weit — so gut. Nun aber erfährt man, daß der Herr Arnold Bronnen bis vor nicht allzu langer Zeit nicht Bronnen sondern Bronner geheißt hat, daß sein Vater ein jüdischer Gymnasiallehrer in Wien war, und daß derselbe Herr Arnold Bronnen, jedenfalls als er noch Bronner geheißt hat, sich bei der Firma Wertheim um eine Anstellung beworben und auf sein Judentum dabei berufen hat. Heute heißt der Mann Bronnen und ist der reinrassige „deutschstämmige Künstler und Geistesarbeiter“. Jedenfalls führt der Mann zu seiner Rechtfertigung an, daß seine Mutter in der Ehe seinen Vater betrogen, und dafür, daß er heute ein deutschstämmiger Künstler und Geistesarbeiter sei, und für seine Existenz nicht der Jude Bronner, sondern irgendein Nachkomme Hermann des Cherusers verantwortlich wäre.

Kurz und gut, ein charakterfester, deutschstämmiger reinrassiger Nazi.

Tuchfabrik in Kottbus eingeeiert

Kottbus, 3. Oktober. In der Sonntagsnacht gegen 1/3 Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache in einer Tuchfabrik Großfeuer aus. Das Feuer vernichtete das Gebäude bis auf das Erdgeschoss, in dem sich Möbelausstellungen befanden. Die Möbel haben durch das Wasser schweren Schaden erlitten. Erst morgens um 8 Uhr konnte die Feuerwehr abrüden.

Der Einbrecherkönig Franz Kita aus dem Polizeigefängnis entwichen

Dortmund, 4. Oktober. Am Sonntag ist der bekannte Einbrecherkönig Franz Kita aus dem Polizeigefängnis ausgebrochen. Kita hat gegen Abend den Wärtter, den Toilettenraum aufsuchen zu dürfen. Es gelang ihm, unbemerkt auf den Boden des Gefängnisses zu kommen. Vom Dach ließ er sich an einem Blitzableiter auf die Straße hinunter. Kita hat noch eine achtjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen.

Drei Dampfer

an der finnischen Küste gestrandet

Seljingfors, 4. Oktober. Auf der finnischen Seite des Bottenischen Meeres haben sich in der Sonntagsnacht drei schwere Schiffskatastrophen ereignet. Zuerst strandete der schwedische Dampfer „Start“ aus Gottenburg und wenige Stunden später ganz in der Nähe der griechische Dampfer „Georgios“ und der finnische Dampfer „Elle“. Der finnische Dampfer ist bereits untergegangen. Die Befragung konnte unter großen Schwierigkeiten gerettet werden. Der schwedische Dampfer „Start“ hatte 15 Personen an Bord, darunter zwei Frauen. Elf hiervon konnten gerettet werden, während die übrigen vier sich noch an Bord des mit Wasser gefüllten und von der Brandung überspülten Schiffes befinden. Der griechische Dampfer hat eine Befragung von 26 Mann. Infolge des orkanartigen Sturmes konnte kein Rettungsboot an das Wrack herankommen, das ein großes Leck erhalten hat. Mehrere Vergasungsdampfer sind zur Unluckseligkeit abgebrannt. Anzeichen sind infolge des schweren Sturmes alle drei Schiffe abgetrieben und auf die finnische Seite des Bottenischen Meeres verschlagen worden, wo die Schären sehr gefährlich sind.

Polnischer Dampfer gesunken

Göteborg, 3. Oktober. Der der polnischen Staatsreederei gehörende 5000-Tonnen-Dampfer „Njemen“ aus Gdingen ist nach einem Zusammenstoß mit dem finnischen Barkschiff „Lamhill“ bei Slagen untergegangen. Ein Göteborger Dampfer hat 32 Mann der Befragung retten können.

Großfeuer auf einer Werft bei Toulon

Paris, 3. Oktober. In den späten Abendstunden des Sonntag brach auf der Werft der „Société des Forges et Chantiers“ in Senne-sur-Mer in unmittelbarer Nähe des Mittelmeereshafens Toulon ein Feuer aus, das sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausdehnte. Da auf der Werft mehrere größte Schiffe im Bau sind, wurden sofort alle Feuerwehren gerufen, die sich jedoch vergeblich bemühten, des Feuers Herr zu werden. Nach zweifelhaftem Rufen wurde sich die Leitung der Feuerwehren darüber klar, daß es ihr nicht gelingen würde, die Ausdehnung des Feuers zu verhindern, so daß sie von der Präfektur von Toulon Verstärkung erbitten mußte, die sofort nach Senne-sur-Mer abging. Am frühen Morgen war man des Feuers noch nicht Herr geworden. Man lagt bereits, daß sich der Schaden auf mehrere Millionen Franken beläuft.

Zirkus Hagenbeck in Sizilien gepfändet

Rom, 4. Oktober. Während noch der traurige Untergang des Zirkus Schneider in Neapel im Februar d. J. in Erinnerung ist, hat das Schicksal bereits einen zweiten deutschen Zirkus auf italienischem Boden ereilt. Wie aus Cassania in Sizilien gemeldet wird, sind dem Zirkus Hagenbeck 24 Bären, 4 Löwen, 3 Tiger und 4 Elefanten gepfändet worden, nachdem schon in den letzten Monaten die Schulden des Unternehmens außerordentlich angewachsen waren. Mit der Pfändung, die auf Antrag eines Zirkusangestellten vorgenommen wurde, der erhebliche Forderungen an die Direktion hatte, schwindet natürlich die letzte Möglichkeit, den Betrieb auch nur notdürftig aufrecht zu erhalten. Der Tierzüchterverein des Ortes hat zunächst die Fütterung der Tiere übernommen.

Der Zirkus Hagenbeck soll mit einer glänzenden Ausstattung nach Sizilien gekommen sein, mußte aber bereits in den letzten Monaten des Jahres 1927 Beschlagnahmen über sich ergehen lassen.

Der Tod in den Bergen

München, 4. Oktober. Nach Mitteilungen der „Deutschen Bergwacht“ wurde seit dem 23. September der 57 Jahre alte Kaufmann Gustav Bauer aus Reutlingen vermisst. Bauer ging an diesem Tage vom Luitpoldhaus in den Allgäuer Bergen weg, um den Hochvogel zu besteigen. Seitdem fehlte jede Spur von ihm. Nunmehr wurde der Tourist am 30. September von der Alpinen Rettungskstelle Hindelang unter den Südoabbrüchen des Hochvogels tot aufgefunden und zu Tal gebracht.

Zwei Tiroler Studenten im Wilden Kaiser abgestürzt

Kufstein, 4. Oktober. Am Sonntagnachmittag ereigneten sich im Wilden Kaiser wieder zwei tödliche Abstürze, denen zwei Tiroler Studenten — der 18jährige Konrad Praxmarer aus Ruffstein und der gleichaltrige Andreas Weindl aus Kirchbichl — zum Opfer fielen. Praxmarer ist ein Sohn des bekannten Kufsteiner Rechtsanwalts. Die beiden Freunde unternahmen eine Tour auf den 2092 Meter hohen Predigtstuhl-Nordgipfel über die äußerst schwierige Nordflanke. Von dort wollten sie durch einen Kamin über die Nordwestwand zum Hauptgipfel. Während des schwierigen Abstiegs brach ein Felsblock los und riß beide in die Tiefe. Sie stürzten gegen 200 Meter tief ab und konnten nur als zerschmetterte Leichen von den Mitgliedern der Alpinen Rettungskstelle geborgen werden.

Schwere Bluttat in Lindena.

Leipzig, 4. Oktober. In der Nacht zum Montag erschloß der Arbeiter Karl Wülhelm seine Geliebte, die Kellnerin Gertrud Hiemer in Lindena, und dann sich selbst. Die Tat wurde aus Eifersucht begangen, da das Mädchen das Verhältnis lösen wollte.



Diese Broschüre, herausgegeben vom „Bund der Freunde der Sowjetunion“, schildert in packender meisterhafter Sprache den heroischen heldenhaften Kampf und das grandiose Aufbauwerk der russischen Arbeiterklasse. Prachtvolle Illustrationen ergänzen den Text.

Die Broschüre eignet sich besonders für Agitation, und jede Zelle macht noch heute ihre Bestellungen.

Neue faschistische Ueberfälle auf Proleten

Am gestrigen Dienstag wurden drei Reichshammerproleten auf der Graupenstraße von braunen Mordfaschisten unter den Ruf...

Auch an den Leichäden wurden Arbeiter von den braunen Mordbänden befristigt, angefallen und mißhandelt.

Diese Beispiele zeigen, daß die Mordheker Heines u. Co. neuerdings ihre S.A. und S.S. Trupps gegen die Proleten losgeschickt...

Eine Saalblutnacht der S.A. in Böpelwitz

Zu der gestern Abend von den Nazis einberufenen öffentlichen Versammlung kam es zu einer regelrechten Saalblutnacht.

Weiche Nazi-Birnen im Spiegel

Seine Lüge ist zu dum, um von den Nazis nicht verwendet zu werden. Der hässliche Streit im Hause der 176er veranlaßt die arischen Macher immer wieder...

Die „Schlesische Tageszeitung“, das „Kampf“organ jener „Sozialisten“, die den Kampf gegen „die feinen Leute“ auf ihre Patentreisefahrt geschrieben haben...

Jeden Tag ein neuer Schwindel! Das ist der Grundsatz der „aufbauenden Kräfte“.

In Stallupönen, einer ostpreussischen Kreisstadt, fanden am Sonntag Gemeindevahlen statt. Hierbei verloren die Nazis 937 Stimmen.

Franz Paffeks neuer Parteizirkus

Um dem fühlbaren „Mangel“ nach neuen Parteien abzuhelfen, hat der Wanderapostel, Naturmissionar, Lebensreformer, Sturmvolger, Wahnwahrer und Niederliche Paffek einen neuen Laden aufgemacht...

Genosse Vose benutzte die Anwesenheit von Proleten, um in der Diskussion den Weg aus Elend und Not mit der K.P.D. unter starkem ehelichen Beifall wuchtig aufzuzeigen.

Nazi-Diktora packte sich darauf mit teuflischem Phrasenschwall der Redeweise Paffeks an und medierte, ohne etwas zu sagen.

Kundgebung der drei Generationen

am Freitag, dem 7. Oktober, um 20 Uhr im „Bergkeller“, Kletschkaustraße

Aus dem Programm:

Ansprachen der Vertreter aller drei Generationen. Mitwirkung der Arbeitersportler / Mandolinorchester / polit. Schnellzeichner / Arbeitermusikverein „Harmonie“ / Arbeiterkinder-Songs / Proptruppen.

Kommunistische Partei Deutschlands. Kommunistischer Jugendverband. Rote Jungpioniere.

Achtköpfige Familie wohnt im Pferdestall

Ein glänzendes Beispiel der Klassenolidarität in Scheitnig — Miets- und Wohlfahrtszustände in Breslau

Breslau. Das „Kulturbollwerk des Ostens“ macht stets von sich reden. So wurde uns unter anderem mitgeteilt, daß am Sonntagabend in Scheitnig in der Hirschstraße 10, durch Proletenfassete wurde...

Ermittlung in der Solzstraße 31. Vor diesen Monaten berichteten wir über den geradezu skandalösen Fall, wo in Scheitnig eine proletarische Mutter im Pferdestalle gebären mußte.

Die kommunistische Stadverordnetenfraktion hat bereits mehrere-male entsprechende Anträge im Parlament gestellt, die dahin gingen, die Großwohnungen zu beschlagnahmen und dieselben den Arbeiterfamilien zur Verfügung zu stellen.

Ungeheure Not der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter

Die Mißstände in einer großen Reihe von privaten Häusern, wo Proletarier wohnen, sind ebenfalls himmelschreiend.



Frau Bieneck mit fünf ihrer Kinder, das sechste war zur Zeit der Aufnahme gerade abwesend, welche im Pferdestalle des Dominiums in Bischofswalde zu wohnen gezwungen war...

fließ der Familie nichts anderes übrig, als in einem Pferdestall ein Unterkommen zu suchen.

Hier lebte nun die Proletarierfamilie zwischen allerhand Gerümpel, vielleicht auch zwischen Mäusen, Ratten und sonstigem Ungeziefer.

Die Arbeiterchaft von Scheitnig, die von diesem Falle Kenntnis erhalten hatte, brachte

ein praktisches Beispiel der Solidarität

und ging von der Propaganda der Einheitsfrontaktion zur Tat über. Sie holten die Möbel aus dem Pferdestalle in Bischofswalde heraus...

Wie notwendig die Einheitsfrontaktion im Betrieb und an der Stempelstelle ist, wird den Werktätigen durch die brutalen Angriffe der Kapitalisten auf die Hungerlöhne und die Hungerunterstützungsjäge klar gemacht.

verließ er mit einigen Männern den Saal, der sich fast vollständig leerte, als die Arbeiter auf die Aufforderung der Kommunisten den Saal verließen.

Autobus mit Hitlerjugend fährt Radfahrer zu Tode

Am Montag gegen Abend wurde der 48jährige Reisende Otto Drogowitz auf der Chaussee bei Deutsch-Wissa mit seinem Fahrrad auf der Fahrt nach Breslau von einem Autobus, besetzt mit Hitlerjugend...

Rote Rundfunk-Rundnotizen

Mittwoch, 15.10. Heinrich: Lustiges aus den Alken (wahrscheinlich Prozesse gegen Nationalsozialisten). 16.00 Tänze für Klavier. 19.25 die Verteilungswinterhilfe zur seelischen Beruhigung von voll-gestressten Jeltbauern macht Propaganda!

Arbeiterhörer! Achtet darauf, daß am 10. Oktober anläßlich der Eröffnung des Kraftwerkes „Dniepropetrowsk“ Professor Alfons Goldschmidt über alle russischen Sender spricht.

Sportvereinigung Nord-Ost 03 Breslau. Schwerathletik-Abteilung. Heute Mittwoch 20 Uhr bei Anton Zoubid, Röniggräber Straße 10, Monatsversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

mit Miets- im Rückstand war und obwohl er am ersten Jahltage am Wohlfahrtsamt die rückständige Miets für einen halben Monat vor seinen wenigen Hungerpennigen abziehen ließ...

In den erbärmlichsten Verhältnissen zwingt man die Arbeiter zu leben. Aber nicht nur die Erwerbslosen, sondern auch die Betriebsarbeiter. Wenn man bedenkt, daß die Auszubildenden bei der Straßenbahn den „horrenden“ Lohn von 9,50 Mark wöchentlich nach Hause bringen...

Alle diese angeführten Mißstände müssen für die gesamte Arbeiterchaft ein Alarm sein. Einmütig muß die Arbeiterchaft er-lären: Jetzt ist es genug des Elends! Nun aber Schluss damit!

Jungprolet, willst du Retrut des Faschismus werden?

Ueber dieses Thema spricht heute Mittwoch, abends um 8 Uhr, bei Fiedler, Schweigerstraße 10, ein Vertreter des K.P.D. Jungproleten, Arbeitermädels! Erscheint recht zahlreich in dieser öffentlichen Jugendversammlung...

Am morgigen Donnerstag findet um 20 Uhr im Arbeiterheim Nord in der Rosenstraße 21 ebenfalls eine öffentliche Jugendversammlung mit demselben Thema statt.

Achtung, russischer Kursus! Donnerstag um 20 Uhr beginnt Wallstraße 21 III ein Kursus in Russisch für Teilnehmer mit Vorkenntnissen. Wir laden alle Genossen hierzu ein...

Achtung, Metallarbeiter! Sämtliche Genossen, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, treffen sich am Donnerstag, dem 6. Oktober, um 19 Uhr, bei Fiedler, Schweigerstraße 10, zu einer Fraktionsbesprechung.

Geschäftliches Helmut Krüger, der Meister-Konferencier, feiert im Lieblich-Theater Triumphe. Speziell sein Stüch „Die vollkommene Ehe“, in dem er selbst auftritt, findet jeden Abend einen tiefen Beifall.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöhllich in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibitzer Straße 16.

Der Bericht der Völkerbundskommission:

Imperialistischer Kompromißversuch zur Ausplünderung Chinas

„Keine Rückkehr zu dem Zustand vor dem Kriege“ — Der Völkerbund als Kriegsinstrument endgültig entlarvt — Nur der revolutionäre Aufstand der mandchurischen Werktätigen verjagt die japanischen Räuber!

Genf, 4. Oktober. Am Sonntagnachmittag wurde der mit großer Spannung erwartete Lytton-Bericht veröffentlicht. Der Bericht umfaßt 170 Druckseiten und ist in zehn Kapitel eingeteilt. Die ersten acht geben die geschichtliche Darstellung über die Ereignisse in China und der Mandchurei, und erst in den letzten zwei Kapiteln werden die Berichte der Kommission zusammengefaßt.

Der entscheidende Punkt in diesen Vorschlägen ist, wenn man sie von allem Drum und Dran entkleidet, die Tatsache, daß sich die Völkerbundskommission bemüht, einen imperialistischen Kompromiß zur gemeinsamen Ausplünderung der Mandchurei und Chinas zu finden. Ausdrücklich betont der Bericht, daß eine Rückkehr zu dem Status ante quo, d. h. zu dem Zustand vor dem japanischen Kriegseinfall in der Mandchurei, unmöglich sei. Die Kommission stellt damit ganz klar und eindeutig fest, daß der Völkerbund nach einem einjährigen Krieg in der Mandchurei den von den Japanern durch ihren Einfall hergestellten Zustand billigt.

Darüber hinaus versucht der Bericht den japanischen Imperialismus die größtmöglichen Konzessionen zu machen, soweit dies die Interessen der anderen imperialistischen Mächte in China zulassen. Es wird vorgeschlagen, daß Japan das Recht der unbeschränkten wirtschaftlichen Ausdehnungsmöglichkeit in der Mandchurei erhält, daß die Mandchurei als „autonom“ Staat erklärt wird, und wörtlich heißt es in den Vorschlägen und Versicherungen des Lytton-Berichtes: „Hochwertige Anerkennung der japanischen Rechte und Interessen in der Mandchurei“.

Im übrigen wird vorgeschlagen, daß Schritte unternommen werden sollen zur „friedlichen Zusammenarbeit“ zwischen China und Japan. Ferner schlägt der Bericht vor, daß Japan zu einem Abkommen mit den anderen imperialistischen Mächten kommen soll, die ebenfalls Interessen in China und in der Mandchurei haben. Von ganz besonderer Bedeutung ist folgender Satz in diesem Bericht:

„Wenn man gerade den Wunsch Japans betrachtet, daß es fähig sei, alle militärischen Maßnahmen zu unternehmen, um die Grenzen der Mandchurei zu verteidigen gegenüber einem gewissen nachbarlichen Staat, so erscheint es doch fraglich, ob die militärische Okkupation der Mandchurei für eine unabsehbare Periode wirklich der wirkungsvollste Weg zur Verteidigung gegen auswärtige Gefahren ist, und ob im Falle des Angriffs die japanischen Truppen in der Mandchurei nicht ernstlich in der Verteidigung gehindert sein würden, wenn sie umgeben sind von einer rebellierenden Bevölkerung.“

Dieser Satz ist ungeheuer lang und verworren, jedoch sein Zweck ist klar. Der „gewisse nachbarliche Staat“, von dem hier die Rede ist, soll zweifellos die Sowjetunion sein. Und die Völkerbundskommission hat nur die Sorge, ob auch Japan wirklich allein imstande sein wird, die Mandchurei gegen die Sowjetunion zu „verteidigen“. Der Gedankengang des Berichts ist der, daß man eben zu einer gemeinsamen Aktion der imperialistischen Mächte kommen müsse, der allein die „Sicherheit“ Chinas und der Mandchurei garantieren könne.

Ein Jahr lang währt nun schon der Krieg in der Mandchurei. Nach einem Jahr hat es der Völkerbund nun wirklich so weit gebracht, einen Bericht herauszugeben, wobei aber ausdrücklich fest-

gestellt werden muß, daß dieser Bericht auch erst in ein paar Wochen diskutiert werden soll, und daß Japan noch vor Veröffentlichung dieses Völkerbundsberichts die anderen imperialistischen Mächte durch die offizielle Anerkennung der Mandchurei vor fix und fertige Tatsachen gestellt hat. Uebrigens erklärt heute schon der japanische Imperialismus ganz offen, daß er sich einen Dreck um die Beschlüsse des Völkerbundes kümmern wird, und nur einen Zustand anerkennt, den er mit seinen Kanonen geschaffen hat.

Wenn jemand sehen will, wie der Völkerbund, diese von der Sozialdemokratie so gepriesene Organisation, arbeitet, so sehe er jetzt nicht nach Genf, sondern nach der Mandchurei. Man weiß es also jetzt: Wenn ein Krieg ausbricht, dann nimmt der Völkerbund eine nichtsagende Protestresolution an, ernannt eine Kommission zur Untersuchung und dann, nach zwölf Monaten, erklärt diese Kommission in ihrem Bericht, daß es unmöglich sei, den Zustand vor dem Kriege wiederherzustellen. Und warum kann dieser Zustand nicht wieder hergestellt werden? Weil er die Bedingungen wieder herstellen würde, die zu einem nochmaligen Kriegsausbruch führen würden. So sagt die Völkerbunds-Kommission.

Was für Bedingungen sind das, die zum Kriege führen? Jeder weiß, daß diese Bedingungen darin bestehen, daß Japan die Aufteilung Chinas auf die Tagesordnung gesetzt hat und auch nicht davor zurückschreckt, das Washingtoner Neun-Mächte-Abkommen zu zerreißen. Japan konnte das unternehmen, weil es die Unterstützung sowohl des französischen, wie des englischen Imperialismus besitzt. Schon jetzt erklärt man in London und in Paris, daß der Lytton-Bericht zwar sehr schön und gut sei, daß er aber überholt ist, denn Japan habe durch die Anerkennung der Mandchurei die Welt vor neue Tatsachen gestellt.

Der Völkerbund ist als Kriegsinstrument entlarvt. Die imperialistischen Konflikte, die sich aus der Frage der Aufteilung Chinas ergeben, werden sich verschärfen. Die Vereinigten Staaten haben durch den Mund Stimson eine neue scharfe Erklärung gegen Japan veröffentlicht. Die chinesische Kuomintang-Regierung weiß in diesem Augenblick

nichts anderes zu sagen, als daß sie trotz allem „das Vertrauen zum Völkerbund noch nicht verloren“ habe. Das mag sein. Anders steht es allerdings mit den chinesischen Volksmassen, die längst kein Vertrauen zum Völkerbund mehr haben, ebensowenig wie sie noch Vertrauen zu der verräterischen Kuomintang-Regierung besitzen.

Der beste Beweis, daß die chinesischen Volksmassen die einzige Garantie ihrer Befreiung vom imperialistischen Joch im revolutionären Aufstand erblicken, das sind die gegenwärtigen Ereignisse in der Mandchurei, wo sich tausende und aber tausende Werktätige mit der Waffe in der Hand gegen die japanische Herrschaft erheben.

Der japanische Imperialismus glaubt, eine Etappe seiner Politik von Blut und Eisen vollendet zu haben, die in dem berühmtesten Memorandum des Barons Tanaka verkündet wurde. Der japanische Imperialismus wird erleben müssen, daß er in seine Berechnungen einen Faktor einzubeziehen vergessen hat: den Faktor des revolutionären Widerstandes der werktätigen Volksmassen. Vergessen wir aber niemals, daß in demselben Memorandum, nach welchem Japan seine Eroberungspolitik in der Mandchurei durchführte, der Satz enthalten ist:

„Wenn wir in die Zukunft sehen, müssen wir die Unumgänglichkeit eines Krieges mit Rußland auf den Feldern der Nordmandchurei erkennen.“

So scharf auch die Gegensätze unter den imperialistischen Räubern über den Anteil an der chinesischen Beute sind, die Spähen, die der Lytton-Bericht gegen die Sowjetunion enthält, zeigen zur Genüge, daß Japan in seinem Kampf gegen die chinesischen Sowjets und in seinen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion die Unterstützung aller imperialistischen Mächte hat. Das Proletariat Deutschlands erkennt die Gefahr, die im Fernen Osten heraufsteigt. Und wenn der japanische Imperialismus die Unterstützung der Regierungen Londons, Paris' und Berlins hat, so haben die werktätigen Volksmassen Chinas, die sich im national-revolutionären Aufstand gegen den japanischen Imperialismus befinden, die aktive Unterstützung des deutschen und des Weltproletariats.

Vor einer Rüstungskonferenz in London

MacDonald auf der Kompromißjagd — Der Beginn der neuen Kriegsrüstungswelle

London, 4. Oktober. Die Gerüchte, daß auf Anregung MacDonalds eine Konferenz der vier Mächte England, Frankreich, Deutschland und Italien in London stattfinden soll, findet nunmehr seine Bestätigung. Der englische Außenminister hat die Verhandlungen mit der französischen Regierung wieder aufgenommen, um die Einzelheiten für eine derartige Konferenz festzulegen, die sich mit dem deutschen Aufrüstungsvorstoß und einem möglichen Kompromiß in dieser Frage beschäftigen soll.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der englische Imperialismus die durch den deutschen Aufrüstungsvorstoß geschaffene Lage zur Verstärkung seiner Position Frankreich gegenüber auszunutzen versuchen wird. Der deutsche Imperialismus hat seine Bereitschaft zur Kapitulation bereits verkündet, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, eine gewisse Aufrüstung vorzunehmen, wobei natürlich der französische Imperialismus auf eine

irgendwie geartete Kontrolle nicht verzichten würde. Die Konferenz, die in London stattfinden soll, kann heute schon als eine Rüstungskonferenz bezeichnet werden, denn von ihr wird eine Welle neuer Kriegsrüstungen ausgehen, deren Kosten die Proletarier der ganzen Welt mit Gut und Blut zu bezahlen haben.

Frankreichs Vasallen im Völkerbundsrat

Genf, 4. Oktober. Gestern nachmittag wählte die Völkerbundsversammlung die drei nichtständigen Mitglieder des Völkerbundsrates. Es wurden gewählt die Tschekoslowakei, Polen und Mexiko, während Jugoslawien und Peru ausscheiden. Auch diese Wahl diente zur Festigung der französischen Positionen im Völkerbund.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Im alten Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Uebersetzt von Olga Halpern.

2. Fortsetzung

Die Worte des Studenten brachten mich in Verlegenheit. Ich war in der Philosophie nicht besonders stark und hat Lennin, der im Nebenwaggon fuhr, um Aufklärung. Auf einer Station stieg ich aus und sah, wie der Student, der Anhänger der Philosophie von Avenarius, lebhaft mit dem den Zug begleitenden Gendarmehauptmann sprach.

„Das ist recht seltsam“, sagte Lennin, auf das hin- und herwandernde Paar zeigend, „daß ein Student sich dazu hergibt, mit einem Gendarmen zu sprechen.“

Die Ankunft in Petersburg und die Fahrt nach Wyborg

In Ufa begegnete ich auf dem Bahnsteig ganz unerwartet Ljonomowitsch, der zusammen mit mir in der Angelegenheit der Druckerei in Lachta vor dem Gericht stand. Er begann voller Eifer über die sozialrevolutionäre Partei zu erzählen. Mir mißfiel außerordentlich sein Begleiter, ein ziemlich verdächtig aussehender Intellektueller, den er erst vor kurzem für die sozialrevolutionäre Partei gewonnen hatte. Ich beobachtete, wie er aufmerksam Ljonomowitsch zuhörte, der von den sich vorbereitenden Terrorakten der sozialrevolutionären Partei erzählte, und ich konnte den Gedanken nicht loswerden: „Das ist ein Spitzel, ein verkleideter Geheimpolizist!“

„Hören Sie mal, Genosse Ljonomowitsch“, ich konnte mich nicht länger zurückhalten, es auszusprechen, „was ist das für ein verdächtig Mann, mit dem Sie da herumgehen, er sieht verächtlich nach einem Spitzel aus.“

„Was fällt Ihnen ein?“ antwortete Ljonomowitsch empört.

„Das ist ein von uns sehr geschätzter Genosse.“ Er ließ mich stehen und ging wieder zu seinem Freund, der mir so verdächtig erschien.

Ich fuhr illegal nach Petersburg. Auch Lennin fuhr hin, aber nicht mit mir zusammen.

Das Herz schlug mir heftig, als ich den Bahnhof verließ und durch die Straßen der Stadt ging, die so viele Erinnerungen in mir weckten. Die Njewa, die feineren Ufer, die Inseln, die goldenen Kuppeln der Jaak-Kathedrale, die Spitze des Admiraltätspalastes, die ägyptischen Sphinge, die Arbeiterviertel — alles sah ich wieder.

In Petersburg mußte ich mich verstecken.

Es war April. Ich wohnte bei Studenten, die mit der Revolution sympathisierten.

„Du wirst nach Batum fahren“, sagte mir Lennin, als ich an dem mir bestimmten Tag zu einem guten Bekannten, dem Ingenieur Ullmann kam. „Zuerst wirst du nach Tiflis fahren, zum Genossen Kurnatowski, von ihm wirst du Anweisungen bekommen. Du wirst den Transport der ‚Iskra‘ organisieren, die mit einem französischen Dampfer von Marseille nach Batum kommen soll.“

„Ich möchte auch andere Adressen haben“, sagte ich, „es ist doch möglich, daß inzwischen was geschieht, Genosse Kurnatowski kann verhaftet werden, und wenn ich nur seine Adresse besäße, könnte ich, da ich in Tiflis sonst niemand kenne, in eine unangenehme Lage kommen.“

„Ja, du hast recht, ich habe nicht daran gedacht. Komm übermorgen zur selben Zeit her. Außer den Adressen wirst du auch Geld für die Reise bekommen.“

Ich verabschiedete mich von Lennin und begab mich in die Kulejen: in die Eremitage und das Russische Museum. Abends suchte ich zwei alte Freunde auf, Droschin und Winogradow.

Droschin interessierte sich sehr für die Wissenschaft, ihm genügten die Abendurte nicht. Er hatte ein Lehrexamen absolviert und bildete sich mit großer Hartnäckigkeit selbst weiter aus.

Die Begegnung mit mir freute ihn augenscheinlich sehr. Bei der Erinnerung an die gemeinsam verlebten Tage wurde sein

schönes Gesicht ganz mild, die Augen leuchteten von einem inneren Feuer. Augenscheinlich dachte er mit Freude an die alte Zeit und schien einige Augenblicke lang zu bebauern, daß seine Wißbegierde ihn vorübergehend der Bewegung entfremdete. Er sah mich ganz erstaunt an. Nach zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Sibirien glaubte er wahrscheinlich, einen erschlagenen, von der Revolution enttäuschten Menschen wiederzusehen. Der Anblick eines von dort zurückgekehrten, gesunden, kräftigen Menschen, der von der Notwendigkeit der Fortsetzung des revolutionären Kampfes noch überzeugter war als früher, überraste ihn.

Pjotr Winogradow hatte nach seiner Verhaftung einige Jahre im Süden Rußlands gelebt. Die Arbeiter dort, besonders die jüdischen, gefielen ihm sehr gut.

„Sie stehen auf einer höheren Stufe des Klassenbewußtseins und der Vorbildung als wir.“

Als Winogradow nach Petersburg zurückkehrte, heiratete er auf Rat seines Onkels, der immer wieder sagte:

„Man muß Petja verheiraten, dann wird er vernünftiger werden.“

Das eheliche Leben mit einer schönen Schneiderin begann, wie er selbst eingestand, ihn immer mehr von der Bewegung abzulenken.

„Sie läßt mich nicht lesen. Kaum nehme ich ein Buch in die Hand, wirft sie sich mir an den Hals. ‚Daß das Lesen, Petja, sagt sie... Eines Tages brachte ich Flugblätter nach Hause, sie schmiß sie in den Ofen, stand daneben und lachte. — ‚So wird's ruhiger sein, Petja,‘ sagt sie. — ‚Nach, daß du fortkommst,‘ schrie ich, ‚du Hexe!‘ Sie hängte sich aber wieder an meinen Hals und lachte und rief: ‚Ich geh nicht fort, ich geh nicht fort. Ich bleib bei dir, Petja!‘“

Ich erinnerte mich, daß Genosse Oskar Endberg unweit Petersburg, in Wyborg in Finnland, wohnte, und beschloß, zu ihm zu fahren. Ich hoffte, ihn aus Finnland zu holen und ihn wieder für die revolutionäre Arbeit in Rußland zu interessieren.

„Womit kann ich Sie bewirten?“ fragte er mich, als ich ihn nach langem Suchen in der Stadt endlich gefunden hatte und in seinem Zimmer saß.

(Fortsetzung folgt)